

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
 der Freien Stadt Danzig
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,80 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 0.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200

Nr. 297

Mittwoch, den 21. Dezember 1921

12. Jahrgang

Neue Pläne der Alliierten

Bildung eines neutralen Rheinstaates.

London, 20. Dez. Laut „Manchester Guardian“ verlautet von französischer Seite, daß die dem britischen Schahamt gestern unterbreitete französische Note im wesentlichen bedeute, daß Frankreich bereit sei, einem teilweisen bzw. vollständigen Moratorium für die deutschen Zahlungen zuzustimmen, jedoch unter Bedingungen. Und zwar wüßten Garantien geschaffen werden, daß Deutschland durch eine Finanzreform in den Stand gesetzt werde, in dem auf den Zeitpunkt des Moratoriums folgenden Jahre seine Reparationen zu zahlen. Die von Frankreich geforderten Garantien umfassen: Die Kontrolle über die deutschen Zölle und die Forderung, daß die Reichsbank die volle Unabhängigkeit von England, wie sie die Bank von England oder die Bank in Frankreich besitzen, daß sie nicht auf Geheiß der deutschen Regierung eine unbefristete Menge von Papiergeld auszugeben kann.

Die Politik von Lloyd George ist die folgende: Großbritannien sei bereit, die französischen militärischen Sicherheiten auf folgende Art zu garantieren: Zunächst müssen die Reparationschwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Zu diesem Zwecke sei Großbritannien bereit, den gesamten Reparationsplan zu revidieren. Großbritannien gibt seine gesamten Forderungen an Deutschland auf unter der Bedingung, daß das verwüstete Gebiet Großbritanniens Handel ist. Die erste und wichtigste Bedingung, auf die Lloyd George dringen werde, sei, daß Frankreich sowohl zu Lande als auch zur See Abrüste. Die von Frankreich als Bedingung für seine Abrüstung geforderte Sicherheit soll dadurch garantiert werden, daß die augenblicklich von den alliierten Truppen besetzte Zone westlich des Rheins neutralisiert werde. Diese Neutralität würde von Deutschland, Frankreich und Großbritannien und möglicherweise auch von Belgien garantiert werden. Jede Partei, die Truppen in diese Zone sende, soll von den übrigen Parteien daraus vertrieben werden. Für Deutschlands passive Neutralität habe dies laut „Manchester Guardian“ den Reiz, daß die französischen Truppen unverzüglich aus der Rheinzone gezogen würden. Für Frankreich habe es den Vorteil, daß es eine endgültige Garantie für seine Sicherheit erhalte, falls Deutschland die neutrale Zone verletzen sollte.

Wie das Blatt weiter berichtet, will Lloyd George nach der Regelung der Reparations- und der Abrüstungsfrage die Frage des nahen Ostens in Angriff nehmen. Frankreich soll endgültig erincht werden, die Sowjetregierung de jure als rechtmäßigen Zustand anzuerkennen. Lloyd George werde voraussichtlich erklären, Großbritannien sei grundsätzlich entschlossen, Rußland sofort anzuerkennen. Die französische Regierung sei bereit, die Sowjetregierung unter ähnlichen Bedingungen anzuerkennen, wie sie sie für die Gewährung des Moratoriums an Deutschland stelle. Laut „Manchester Guardian“ wird als Ergebnis der Erörterungen zwischen Briand und Lloyd George die Einberufung des Obersten Rates zu Beginn des nächsten Jahres zur Regelung des gesamten europäischen Problems und der Frage des nahen Ostens erwartet.

Die Lösung der Reparationsfrage.

London, 20. Dez. Loucheur und die französischen Sachverständigen sind heute nachmittag zusammengetreten, um ihre Arbeiten mit Sir Robert Horne und den britischen Sachverständigen fortzusetzen. Die Konferenz tagte von 1 Uhr mittags bis 1 Uhr nachts. Sie setzte die Prüfung des Standes der Reparationsfrage fort und zog dabei die Verhältnisse in Deutschland und die Hilfsquellen in Betracht, die Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu Gebote stehen. Außerdem erwog die Konferenz Mittel zur Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Europas. Die Konferenz wird morgen um 11 Uhr vormittags ihre Beratungen wieder aufnehmen.

Paris, 20. Dez. Der Londoner Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet über den gestrigen Ver-

handelsauslaß zwischen Loucheur, Horne und den beiderseitigen Sachverständigen: Man scheint sich beiderseits einem Plan der Internationalisierung der deutschen Schulden durch Auflegung einer internationalen Anleihe zu nähern, die von der deutschen Regierung begeben und durch ihre Zollerträge sichergestellt würde.

London, 20. Dez. Ueber die heutige Konferenz verlautet noch, Lloyd George hat für Anfang Januar eine Fünf-Mächte-Konferenz vorgeschlagen, zu der auch die Vertreter Rußlands und Deutschlands eingeladen werden sollen.

Regierungsneuwahl in Hessen.

Darmstadt, 20. Dez. (W.F.B.) Der Landtag trat heute vormittag zur Wahl des hessischen Staatspräsidenten und des neuen Ministeriums zusammen. Die Fraktionsgespräche hatten zu dem Ergebnis geführt, daß die alte Koalitionsregierung wiedergewählt werden soll. Vor der Wahl erhoben aber Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Hessischen Volkspartei, des Bauernbundes und der Kommunisten scharfen Widerspruch gegen die Koalition. Der frühere Staatspräsident Ulrich wurde dann mit 38 Stimmen wiedergewählt, während 27 weiße Zettel abgegeben wurden. Zum Minister des Innern und Stellvertretenden Staatspräsidenten wurde der bisherige Justizminister v. Brentano (Zentrum) gewählt, zum Finanzminister wieder der demokratische Abgeordnete Heurich, zum Wirtschaftminister der Sozialist Raab. Das Justizministerium bleibt vorläufig unbesetzt.

Streikultimatum der Berliner Postbeamten.

Berlin, 20. Dez. In einer von der Reichsgewerkschaft deutscher Post- und Telegraphenbeamten einberufenen Versammlung, an der Tausende von Post- und Telegraphenbeamten der mittleren und unteren Gruppen teilnahmen, wurde gegen das Schreiben des Reichsfinanzministers protestiert, das die jüngsten Forderungen der Beamten ablehnt. Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Der Regierung ist ein Ultimatum von 24 Stunden zu stellen, das vom 21. mittags 12 Uhr bis zum 22. 12 Uhr mittags läuft. Bei Ablehnung der vom Deutschen Beamtenbunde eingereichten Forderungen ist die sofortige Arbeitsunterbrechung vorzunehmen und noch vor Weihnachten aus dem Betrieb hinauszugehen.

Todesurteil im Kleppelsdorfer Mord-Prozess.

Hirschberg, 20. Dez. (W.F.B.) Im Kleppelsdorfer Mordprozeß sprachen die Geschworenen in der vierten Nachmittagsstunde den Angeklagten Peter Gruppe des Mordes in zwei Fällen und des Stillschleifersverbrechens in Lateinheit für schuldig. Das Urteil des Gerichtshofes lautete zwei mal zum Tode und auf 5 Jahre Zuchthaus sowie dauernden Ehrverlust. Der Angeklagte erklärte in seinem Schlußwort, auf das Recht der Revision und Beauftragung der Begnadigung zu verzichten.

Das Parlament von Portugal ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden am 8. Januar statt.

Ausschaltung des überflüssigen Zwischenhandels. Gegenwärtig finden Verhandlungen der deutschen Landwirtschaft mit den Gewerkschaften und den Konsumvereinen zur besseren Regelung der Kartoffelverteilung statt. Zweck der Verhandlungen ist vor allem, den Kettenhandel zu beseitigen, der zur Verteuerung der Kartoffeln in besonderem Maße beiträgt. Die Konsumvereine haben festgestellt, daß Kartoffeln in einzelnen Fällen durch 12 verschiedene Hände gingen, ehe sie an den Verbraucher gelangten.

Die Braunschweiger Landesversammlung hat mit 30 gegen 27 Stimmen beschlossen, den 9. November als gesetzlichen Feiertag zu erklären und den 1. August als gesetzlichen Feiertag aufzuheben.

Der kommunistische Schutz des Spekulantentums.

Vor einiger Zeit wurde im Volkstag anlässlich einer Debatte über die Landwirtschaft von einem Redner das geflügelte Wort geprägt, daß die Landwirte verstanden, aus jedem Mist Honig zu saugen. An diese wenig schmackhafte Stillblüte wird man erinnert, wenn man die letzten Nummern der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ verfolgt, in der nicht nur versucht wird, die Feier davon zu überzeugen, daß die kommunistische Volkstagsfraktion im Interesse der arbeitenden Bevölkerung“ gehandelt hat, als sie die Revision der Devisensteuer ablehnte, sondern in dem darüber hinaus versucht wird, diesen kommunistischen Verdacht agitatorisch, natürlich unter dem bei den Kommunisten jetzt üblichen Schlagwort: Einheit ist Front gegen die beiden sozialistischen Parteien kräftig auszunutzen. Unter weithersiger Anwendung der von Messian dringend empfohlenen Verdrehungsfunktion redet man den kommunistischen Arbeitern vor, daß nicht etwa die Ablehnung der Spekulationssteuer, sondern im Gegenteil die Steuerliche Vereinfachung der Devisensteuer im Interesse der Arbeiterverrat ist. Tiefs in der Grundfrage ihrer Stellung predizierte geistige Akrobatenstücke haben den großen Zirkeln der K.P.D. aber wohl selbst trotz Anwendung einer ganzen Seite so wenig überzeugend, daß sie es in der Sonnabend-Ausgabe noch einmal nur in etwas gefürchter Form wiederholten.

Entscheidet man diese Artikel des holligen kommunistischen Primboriums, so bleibt als nackte Tatsache, daß die K.P.D. die Devisenbesteuerung nur abgelehnt haben will, weil sie eine indirekte Steuer sei. Abgesehen davon, daß gerade die Kommunisten gegen indirekte Steuern nicht mehr so stark anrennen sollten, da ja auch ihr sonst immer maßgebliches russisches Vorbild längst wieder dazu übergegangen ist, in diese sonst gewiß nicht ohne weiteres abzuweisende Begründung in diesem Falle vollkommen hinfällig. Unter ausbleibenden mehr oder weniger sachmännischen Anstimmungen aber das Würfelspiel wird die bereits von Mann im Volkstag aufgestellte lächerliche Behauptung wiederholt, daß Devisen nicht aus Spekulation gehandelt würden. Diese Behauptung ist so lächerlich, daß kein Wort darüber verloren werden braucht. Das Gegenteil ist der Fall. Man kann getrost annehmen, daß auf einen Devisenkäufer, der ausländische Noten zur Bezahlung seines Warenimportes gebraucht, mindestens 10 Spekulanten kommen. Allerdings besteht die kaum abzuwendende Gefahr, daß dieser eine Devisenkäufer die von ihm zu entrichtende Steuer auf die Warenpreise aufschlägt; aber soll man nun dieses geringen Aufschlages willen die übrigen 10 Spekulanten unbesteuert ihre Millionenengeschäfte machen lassen? Denn bei den Spekulanten ist die Devisenbesteuerung eine reine Kapitalsteuer, da die Händler ja nicht imstande sind, den Steuerbetrag beim Devisenverkauf aufzuschlagen, sondern den jeweiligen Kurs einhalten müssen. Sicherlich überwiegt der finanzielle Vorteil, den der Staat, also die Allgemeinheit, im Falle der steuerlichen Erfassung der Spekulationen hat, bei weitem die kleine Belastung des Kaufmanns.

Notwendig ist jedoch, daß die Spekulation auch tatsächlich erfaßt wird. In dieser Hinsicht muß Danzig dem Deutschen Reiche folgen, das ein Gesetz vorbereitet, wonach der Handel mit fremden Geldnoten nur noch durch Vermittlung der Banken erfolgen darf. Die Banken dürfen Devisengeschäfte nur noch mit Personen abschließen, die ausreichende Legitimation besitzen, und jedes abgeschlossene Geschäft muß mittels Schlußscheins dem Steueramt angezeigt werden. Derartige Ausführungsbestimmungen sind natürlich auch in Danzig notwendig, wenn das Devisensteuergesetz nicht auf dem Papier stehen bleiben soll.

Wie sehr die „Arbeiterzeitung“ daneben haut, wenn sie nun den Spieß umkehrt und die Zustimmung zur Devisenbesteuerung als volksfeindlich hinzustellen versucht, zeigt allein die Tatsache, daß die sozialistischen Parteien des Reichstages geschlossen für die Besteuerung der Devisensteuer eingetreten sind. Wenn die kommunistische Fraktion glaubt, hier die gegenteilige Stellung einnehmen zu müssen, so muß dies angesichts der fahrscheinigen Begründung verwunderlich bleiben, und es ist schließlich verständlich, daß selbst die Unabhängigen die ableh-

nende Haltung auf persönliche Gründe des kommunistischen Vorführers zurückzuführen

Allerdings geben sich die Kommunisten trotzdem den Anschein einer besonders radikalen "Vorfrage", indem sie ein vollständiges Verbot der Spekulation fordern. Merkt denn der große Mann der K.P.D. die Ohrfeigen nicht, die er sich damit selbst verleiht? Einmal versucht man nachzuweisen, daß Dossien überhaupt nicht spekuliert werden, sondern nur vom Handel zum ausländischen Wareneinkauf — also eine volkswirtschaftlich gar nicht zu unterbindende Geschäftsmaßnahme — gekauft werden, und andererseits will man die "Spekulation" wieder verbieten. Daß die "schwarze" Spekulation unbedingte verhindert werden muß, ist keine Streitfrage. Daß bankmäßige Dossienhandel aber zu beschließen, können wohl selbst die Kommunisten nicht fordern. Es scheint unter den hiesigen führenden Kommunisten trotz ihrer russischen Beziehungen noch nicht bekannt zu sein, daß selbst in Rußland wieder Wirtschaftler gesetzlich zugelassen sind. Solange wir den kapitalistischen Staat haben, wird man mit derartigen Einrichtungen eben leider zu rechnen haben. Denn soll man aber nicht aus irgendwelchen geheimnisvollen Gründen heute, wo die erwerbstätige Bevölkerung unter schweren Steuerlasten leidet, die Spekulation dieser Spekulationsgeschäfte ungeschoren lassen.

Wenn die "Arbeiterzeitung" zur Beschönigung ihres unverständlichen ablehnenden Standpunktes wieder zu den niedrigsten Verdächtigungen der sozialdemokratischen Führer greift, so ist ihr das geschenkt. Aber niemand denkt im sozialdemokratischen Lager auch nur im entferntesten daran, mit der Zustimmung zum Dossienbesteuernsgesetz die Forderung auf schlenkigste Schaffung einer Vermögenssteuer weniger nachdrücklich zu vertreten. Dieser Gedanke blieb der "Arbeiterzeitung" schon allein aus dem Grunde vorbehalten, weil man bekanntlich niemand hinter dem Busch sucht, hinter dem man nicht selbst gefessen hat. Und daß dies der Fall zu sein scheint, könnte die kommunistische Verteidigung des Spekulationskapitals gegen eine Besteuerung lehren.

Der "Einheitsfront" ein andermal einige Worte, da sie mit dieser Frage sowieso verflucht wenig zu tun hat.

Oesterreichischer Freundschaftsvertrag mit der Tschecho-Slowakei.

Brag, 20. Dez. (W.A.B.) In Prag und in Wien wurde heute das politische Abkommen zwischen der Tschecho-Slowakei und Oesterreich veröffentlicht. In dem Abkommen garantieren sich beide Staaten die gegenseitigen Staatsgebiete und werden einander in politischer und diplomatischer Hinsicht unterstützen. Sie verpflichten sich zur Wahrung der Neutralität im Falle eines fremden Angriffs auf eine der Vertragsparteien und sagen sich gegenseitige Unterstützung bei der Bekämpfung von Geheimorganisationen zu. Falls sich zwischen beiden Staaten strittige Fragen ergeben sollten, verpflichten sie sich freundschaftlich zu verständigen und gegebenenfalls den Streit dem ständigen internationalen Gerichtshof zu unterbreiten.

Unter falschem Namen gereist ist der Redakteur der „Noten-Zahne“ Leo Borochowicz. Als er von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen wurde, hatte er einen auf den Namen Hayer lautenden Paß bei sich. Borochowicz, der aus Lodz stammt, ist Ende 1918 nach Berlin zugereist. Er soll u. a. wegen Urkundenfälschung angeklagt werden.

Die deutschnationale Futterkrippenwirtschaft.

Der Senat gegen die Verwaltungsreform — Präsidenten-Sinekuren.

Die gestrige 24. Sitzung des Reichstages war fast ausschließlich der Beratung des neuen Dienstleistungsgesetzes der Beamten gewidmet. Der Gesetzentwurf zur Verringerung der Besoldung über 100 Pfundungen wurde debattiert, wobei drei Reden verhandelt, ebenso auch der Gesetzentwurf über Abänderung des Gerichtsbesoldungsgesetzes in dritter Lesung.

Bürgerliche Vorschläge auf Verwaltungsreform.

Herrn Friedrich (D. V.) gab den Bericht über die Ausschussberatungen der Beamtenbesoldungsvorlage.

Einzelne höhere Beamten der Gruppen 11, 12 und 18 sind durch Ausschussbeschlüsse einige Stufen heruntergerückt. Angenommen wurde eine Entschleunigung, in der der Senat ersucht wird, zur Vereinfachung der Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit gemeinsam mit einem zu diesem Zweck einzusetzenden Ausschusse zu prüfen: ob die Zahl der vorhandenen Kreise verringert werden oder die Kreisverwaltungen ganz fallen können; ob eine Vereinfachung des Vollzuges im ganzen Reich durchgeföhrt werden kann; inwiefern die Geschäfte der Verwaltungsgerichte auf die ordentlichen Gerichte übertragen werden können und welche sonstigen Änderungen des Verwaltungskörpers notwendig erscheinen. Als zur Vorlegung des Haushaltsplans 1922 sollen dem Reichstage dahingehende Gesetzentwürfe oder Teutschriften vorgelegt werden.

Werkwürdige Vorkürzungen.

Wegen diese selbstverständlichen Forderungen zog der Senatspräsident Sahm sofort in längeren Ausführungen zu Felde. Es waren eigenartig anmutende Gründe, die er gegen die Zentralisation geltend machte. Obwohl seinerzeit die Bildung des großen Senats immer mit der Vertiefung verteidigt wurde, daß der große Senat nachher auch die Verwaltungszentrale bilden würde. Mit einem Male erklärte jetzt der Senatspräsident wieder, daß der Senat nicht imstande sei, noch mehr Arbeit zu übernehmen. Alles was früher eine große Vereinfachung war, soll sich jetzt nicht in die Tat umsetzen lassen. Die Zentralisation würde einen bedauerlichen Rückschlag des Verantwortlichkeitsgefühles der oberen Beamten zur Folge haben! Für Redakteure würde einzig und allein der Senat in Betracht kommen. Der Senat würde dadurch nicht allein im Inland, sondern auch im Ausland an Ansehen verlieren! Auch die Staatsautorität würde leiden. Mit solchen und ähnlichen Gründen verurteilte der Senatspräsident gegen die Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung graulich zu machen.

Herrn Dumke (D. V.) setzte sich für die Wiederherstellung der ursprünglichen Besoldungsvorlage ein, damit nur nicht die Landräte und die verschiedenen Präsidenten zu kurz kommen. Auch die Deutschnationalen hielten eine Vereinfachung des Verwaltungsapparates selbstverständlich nicht für angebracht.

Das Eingeständnis des Organisationsfehlers.

Herrn Dr. Eppich (D. V.) vertrat dagegen die Ansicht, daß eine Zentralisierung der Verwaltung unbedingt Platz greifen müsse. Die Praxis habe es tatsächlich gelehrt, daß der Senat, obwohl er so groß sei, doch nicht die Leitung der Verwaltung ausüben könne; dafür seien bisher stets besondere Beamte notwendig gewesen. Redner schlägt eine Arbeitsteilung vor, daß die hauptamtlichen Senatoren die Verwaltung leiten und die parlamentarischen die Politik machen sollten. Die Gründe Sahms hält der Redner nicht für stichhaltig. Eine Zentralisierung müsse Platz greifen.

Genosse Nagroßki:

Dieses Dienstleistungsgesetz, das uns vom Senat vorgelegt ist, bedeutet einen Fortschritt in Bezug auf die endliche Sicherstellung der Beamten im Freistaat. Wir haben versucht, im Ausschusse an der Verbesserung dieses Gesetzes mitzuarbeiten und haben auch versucht, eine Besserstellung derjenigen zu erreichen, die in der Vorlage zu kurz gekommen sind. Die Verbesserung der höher bezahlten Beamten ist eine bedeutend größere als diejenige, die

den minderbezahlten Beamten zuteil geworden ist. Der niedrig bezahlte Beamte wird von der Forderung aber ebenso getroffen wie der höher bezahlte. Demzufolge haben wir versucht, alle diejenigen Gruppen, die nach der Besoldungsordnung ein zu geringes Maß von Verbesserung erhalten haben, etwas besser zu stellen. Bei allen schönen Worten, die man auch von der bürgerlichen Seite für unsere Vorschläge hat, hat man unsere Anträge schließlich doch abgelehnt. Wir haben beantragt, daß allen Beamten, die unter der Unquant der Verhältnisse zu leiden haben, eine gewisse Mindestzulage gegeben wird, und zwar bis zur Gruppe 7, daß eine Zulage von 8000 Mark pro Jahr garantiert wird. Es ist dies eine Zulage, die bis zur Gruppe 8 nicht erreicht wird. Es konnte sein, daß auch in den höheren Stufen der Gruppe 7 die Summe von 8000 Mark erreicht wird, denen sollte dann nichts gekürzt werden. Wir konnten wohl verlangen, daß bei den unverschämten hohen Zulagen die die oberen Klassen bewilligt erhalten sollten, den niederen und mittleren Beamten endlich mal soviel gegeben wird, daß sie wenigstens sich ernähren können mit ihren Familien. Man hat diesen Antrag abgelehnt, mit der Begründung, daß im Reich eine neue Besoldungsordnung vorbereitet wird, bei der die unteren Besoldungsgruppen besser abschneiden.

Der große Unterschied.

Wenn man die Vorlage des Senats und die Erläuterungen näher unter die Lupe nimmt, wird man finden, daß die Herrschaften, die das Gesetz gemacht haben, es sehr gut verstanden haben, sich eine ganz neuwertige Zulage zu verschaffen. In der ersten Gruppe beträgt die Zulage beim Haushaltsjahr nur 7 Prozent, im Endguthalt sogar nur 6,8 Prozent, bei der 2. Gruppe 2,13 Prozent und so geht es weiter bis zur Gruppe 7 mit 40 Prozent. Von Gruppe 8 fängt es jedoch an, zunächst sind es 49 Prozent, in Gruppe 10 52 Prozent, in Gruppe 11 60 Prozent und in Gruppe 12 erreicht die Zulage sogar sogar 101 und 111,2 Prozent. (Hört, hört! Auf.)

Es ist wirklich ein unerhörtes Stück, wenn man uns vorreden will, daß diese Aufbesserung auf gerechter Grundlage erfolgt. Man sagt, so wie im Deutschen Reich und in Preußen ist die Angelegenheit hier auch behandelt worden. Wir dürfen doch nicht die Fehler nachmachen, die in Preußen und im Deutschen Reich gemacht wurden. Man hätte diese hohen Ungerechtigkeiten ausgleichen können, wenn die bürgerlichen Parteien unseren Anträgen zugestimmt hätten.

Der zweite Punkt, den wir zu bemängeln haben, ist die Zahl der Beamten des Senats. Die von der Kommune in den Staatsdienst übergetretenen machen mit den Beamten, die bereits im Staatsdienst waren, eine Summe aus, die nach unserer Meinung das übersteigt, was bisher in beiden Stellen an Beamten tätig war. Man hat uns vorgerechnet, daß 93 Beamten durch die Vereinigung der Verwaltungen weniger vorhanden sind. Wenn man aber bedenkt, daß neben der Verwaltung der freien Stadt entgegen den bestehenden Beamtenverwaltungen heute nur 98 Beamte weniger sind, so will uns das keine Vereinfachung erscheinen. Wir haben erklärt, daß wir eine Vereinfachung darin erblicken, daß der Senat lediglich sich mit Regierungsgeschäften beschäftigt, daß er aus 5 Köpfen bestehen soll, und daß die anderen Ämter weiterarbeiten sollten unter den äußersten Ersparnissen. Man hat uns damals erklärt, daß die Geschäftsstellenleiter überflüssig werden, jeder Senator bekommt ein Pflöckchen, alles andere verschwindet und wir sparen eine Menge Geld. Herr Sahm hat sich herausgestellt, daß das nun doch nicht so ist. Die Tränen der Bürgerlichen werden darüber zu spät vergossen, denn die Deutsche Partei hatte es damals noch in der Hand, unseren Vorschlägen auf Schaffung eines kleinen Senats zuzustimmen. Wir freuen uns, daß die Deutsche Partei zu der Einsicht gekommen ist, daß sie damals einen Fehler gemacht hat. Sie werden wohl nun unseren Worten zukünftig mehr Glauben schenken.

Präsidenten-Wirtschaft.

Wir haben bei der ersten Lesung dieses Gesetzes betont, daß wir immer auf Seiten derjenigen stehen, die Not leiden.

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

(13.) (Fortsetzung.)

Thorfel hatte, ohne eine Miene zu verziehen, zugehört. Endlich fragte er gelassen: „Warum hast du das getan, Herr?“

„Du frecher Kerl fragst noch danach!“ schrie der reiche Kaufmann. „Willst du es leugnen, daß du mein und Herrn Jöns Villes Vertrauen aufs schändlichste gemißbraucht hast?“

„Du hast dich selbst betrogen, Herr,“ sagte Thorfel. „Es hat einer, wie ich merke, gehört, was ich am Abend in des Pfarrers Garten sprach, und das scheint dir nicht zu gefallen. Aber du fordertest mich auf, die Wahrheit zu sagen, der Pfarrer auch. Ich habe richtig getan, was ihr beide begehrte; was scheltet ihr mich? Wolltet ihr einen haben, der euch zu Liebe lügen und verleumdete sollte, dann seid ihr an den Unrechten gekommen.“

„Du Rump, du!“ sagte Herr Schlemann mühsam und ballte die Faust. „Aus meinem Hause mit dir! Doch erst warte noch.“ Er riß an der Klingel, und durch die eine Tür traten Glas und die beiden Arbeiter herein, durch die andere Tür der Buchhalter.

„Nehmt dem Kerl das Zeug vom Reibe!“ schrie ihnen Schlemann zu. „Alles, was er trägt, ist mein Eigentum; dann werft ihn hinaus auf die Straße, zu Spott und Schande!“

„Herr,“ sagte Thorfel, „du tust, als gäbe es keine Gesetze im Norwegen, als könntest du mit mir verfahren, wie es dir beliebt. Du belügst den Vogt. Niemand hat noch von mir Leid oder Schaden erfahren; deine Falschheit wird an den Tag kommen.“

„Nach keine Umstände, Junge!“ rief Glas, und packte ihn beim Kragen. „Raßt ihn an und hinaus mit ihm!“

Mit einer blitzschnellen Wendung drehte sich Thorfel um, und ehe die beiden Arbeiter zuspringen konnten, bekam Glas einen Schlag an den Kopf, daß er gegen die Tür flog. In demselben Augenblick war Thorfels Hand auch in seiner Tasche, und ein breites scharfes Messer, wie Bayern und Fischer es in einer Felleisenschneide tragen, bligte den Männern entgegen, die es nicht wagten, näher zu kommen.

„Wahret euer Leben,“ sagte Thorfel, „ich rate es euch. Du aber, du schlechter Mann, wisse, daß deine Falschheit dir nichts helfen soll, du wirst daran aufhängen werden. Was ich an Kleibern trage, habe ich von dir gekauft auf deinen Rat, und da wir es zusammenrechneten, betrug meine Schuld acht Taler. Ich kam, dir diese zu bringen, denn ich mag nicht in deinem Schuldbuche stehen. Hier ist dein Geld, und jetzt macht Platz, ihr dort, und schämt euch alle eurer schlechten Handlungen wegen.“

Er legte acht Taler auf den Tisch, die Herr Schlemann mit Verwunderung ansah. Nicht acht Groschen hatte er bei dem Burschen vermutet, und er wollte schon fragen, wo dieser das Geld geholt habe, aber Thorfel sah nicht aus, als ob er sich noch mehr gefallen ließe. Er hielt das Messer noch immer fest, und seine Augen hatten einen rötlichen Glanz, sie flogen wie Falkenaugen umher. Den starken Glas hatte er mit dem einen Schläge von sich geworfen, daß er noch immer wie betäubt stand; einem solchen verwegenen Kerl war leicht noch Schlimmeres zuzutrauen. Herr Schlemann schwiegte daher, obwohl er voller Mergel war, denn Thorfel hatte die Rede, die er ihm zugehört, verwehrt. Nacht und bloß sollte er aus dem Hause gejagt und dabei ordentlich durchgewallt werden. Die beiden Arbeiter hielten dazu schon die Schnallenriemen ihrer Felleisenschneiden bereit; jetzt ging der freche Kerl davon, ohne daß ihm ein Finger weh tat. Es konnte ihn niemand halten.

„Hinaus mit dir!“ rief daher der reiche Kaufmann, „du sollst bald finden, was du verdienst von Vogt und Gericht.“

„Ich fürchte mich nicht vor dir,“ antwortete Thorfel lachend. „Du wirst es schon lassen, mich anzuklagen, denn du hast ohne alles Recht mich angegriffen, und deine schlechten Handlungen würden an den Tag kommen. Sei also froh, wenn ich schweige, und nimm dich wohl in acht vor den Steinen, die auf deinem Wege liegen.“

Damit ging er stolz austretend hinaus, und niemand rührte sich, um ihn anzutasten; als er aber fort war, schlenkerte Herr Schlemann den Brief an den Vogt in eine Ecke des Schreibisches, denn er dachte nicht mehr daran, ihn abzuschicken, hatte auch überhaupt wohl nur Thorfel damit schrecken und einschüchtern wollen. Verdrießlich zog er die Stirn zusammen und schwieg eine Minute lang; darauf sagte er zu den Arbeitern: „Ihr mögt gehen, doch sagt es allen,

daß keiner sich untersteht, mit diesem Raubhund Gemeinschaft zu halten. Arbeit soll er in Wolde nicht finden, dafür werde ich sorgen, und jeder Mann am Fjord, der sich mit ihm einläßt, soll keinen Fisch hier verkaufen, so wahr ich Schlemann heiße!“

Das war ein schweres Wort von dem Herrn und hatte Gewicht. Die Kaufleute hielten zusammen in allen Dingen, daher besaßen sie große Macht und Gewalt. Wo ein Fischer widerspenstig war, die Preise nicht annehmen wollte, die einer der Herren ihm bot, oder sich groß und auffällig zeigte, nahm ihm keiner mehr seine Ware ab, auch wenn er sie halb so billig lassen wollte. Das ist so üblich an diesen Küsten, darum sind die Fischer ganz in den Händen der Kaufleute, und diese steht war nun über Thorfel aufgebrochen, der eilen mochte, daß er wo anders hinging, um sein Leben zu fristen.

Die Arbeiter gingen erschrocken fort, Glas jedoch blieb noch stehen, und zu ihm wandte sich Herr Schlemann, halb ärgerlich, halb hämisch, indem er ihn von der Seite ansah. „Er hat dir wohl den Kopf eingeschlagen, Glas,“ fragte er, „daß er dir so wackelt?“

„Beinahe,“ sagte Glas, die eine Kopffseite haltend, „ganz noch nicht.“

„Warum wehrtest du dich nicht besser?“

„Ein andermal soll es geschehen. Ich verlass es mir nicht,“ murmelte Glas grimmig.

„Die Stelle bekommst du,“ sagte Schlemann, „aber ich schenke dir ein sechsähriges neues Boot obeneln, wenn du es dem Hallunken für immer einträufst.“

„Es wird sich schon f. Sen, wo ich es kann,“ versetzte Glas und verzerrte sein Gesicht.

„So tu es,“ antwortete Schlemann. „Bringe ihn fort von hier auf irgendeine Weise, sonst macht er uns noch mehr Mergel und Scham. Er soll nicht wieder in des Pfarrers Garten, lautere ihm auf und vertreibe es ihm. Geschlecht es nicht, so wird er dir auch die Sigrid stehlen.“

„Bei Gott,“ sagte Glas und ballte seine Fäuste, „er soll nicht weit mehr kommen. Der Schlag an meinem Kopf soll ihm vergolten werden, mag es Blut und Leben kosten.“ (Fortsetzung folgt.)

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Inbetriebsetzung der Fischmarkt-Linie. — Erweiterung des Langfuhrer Verkehrs bis zur Kurve. — Erhöhung der Theaterpreise.

Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, den 20. Dezember 1921.

dem sich allmählich die zur Beschlussfähigkeit des erforderliche Zahl von Stadtverordneten eingeschrieben, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende die Sitzung und gab Kenntnis von folgendem Schreiben des Senats:

Senat ist dem Beschluss der Stadtverordneten Versammlung vom 27. September 1921,

ihre Arbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, die tarifreier sind,

die Arbeiter und Angestellten gemäß den üblichen Arbeitsverträgen mit der Maßgabe, dass bei Abschreibungen von Lieferungen und an für die Stadtgemeinde Danzig von den Unternehmern und Firmen eine Erklärung des Inhalts gefordert ist, dass sie ihre Arbeiter und Angestellten auf von Tarifverträgen entlohnen. Firmen und Unternehmer, die diese Erklärung nicht abgeben, sollen bei der Vergabe nicht berücksichtigt werden. Doch steht sich der nicht in der Lage, so weit zu gehen, dass er alle Aufträge und Vergabungen, die nicht im Wege der Vergabe erfolgen, in jedem Einzelfalle die Tarifreier und Unternehmer feststellt, was nach seiner Ansicht nicht Abhilfe des Stadtverordneten-Beschlusses sein kann.

Der Theaterdirektor Schaper wurde ohne Debatte die Erlaubnis erteilt, nach Maßgabe des vorliegenden Gutachten mit dem Personal des Stadttheaters neue Arbeitsverträge abzuschließen. Zur Bedingung ist es, dass für 1922 mit 1.200.000 Mk. veranschlagt ist.

Erhöhung der Theater-Einzelartenpreise.

Am 1. Januar 1922 wie folgt eintreten: Bei Parkettgewöhnlichen Preisen 1. Rang 1. Reihe und Erbkeller 10,70 auf 30 Mk., 1. Rang 2. und 3. Reihe von 18,70 Mk., Zerriss von 18,50 auf 28 Mk., Balken von 8,50 Mk., 2. Rang Vorderreihe von 6,90 auf 10 Mk., 2. Rang 3. Reihe von 6 auf 8 Mk., Stehparterre von 5 auf 8 Mk., Amphitheater von 3,20 auf 5 Mk., unnum. von 2,40 auf 4 Mk., Galerie von 2,00 auf 4 Mk., unnum. von 1,90 auf 3 Mk.

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

zu einer längeren Ausdrucksache. Der Dr. Herrmann (D. P.) betonte als Berichterstatter des Ausschusses, dass die Straßenbahn sich selber tragen muss und zu gewinnbringend werden, dass keine Zuschüsse erforderlich sind. Der Ausschuss hat sich von der Notwendigkeit der Fahrpreiserhöhung überzeugt. Nur das laufende mit der Gesellschaft eine Unterbilanz von 561.791 Mk. wies. Durch Aufhebung der Löhne am 1. November wurde die Fahrpreiserhöhung um 1.372.116 Mk. erhöht. In der Richtung des 15 Minuten-Verkehrs nach Neufahrweg werden einen weiteren Zuschuss von 900.000 Mk. erforderlich werden etwa 3 Millionen Mark ausmachen. Soll durch Erhöhung der Fahrpreise gedeckt werden. In Preisen bis 50 Pfg. soll die 10 Pfg. betragen. Die Fahrpreise sollen um 20 Prozent erhöht werden. Für den Rest, für die bisher 1,20 Mk. gezahlt wurde, soll in 10 Pfg. bezahlt werden. Die ermäßigten Fahrpreise sollen fallen. Die Tarifarten sollen um 10 Pfg. erhöht werden. Der Verkehrs-Ausschuss hat für diese Erhöhung der Fahrpreise ausgesprochen. Der Ausschuss hat sich gegen die Durchführung der Erhöhung über den Markt in Langfuhrer bis zur Aufhebung. Die Wiedereröffnung der Linie Fischmarkt-Parkplatz wurde von einem Teil des Ausschusses beanstandet, von dem anderen als Notwendigkeit angesehen. Die Fischmarkt-Linie braucht einen Zuschuss von 900.000 Mk. Die Fahrpreise der Straßenbahn können schließlich gesteigert werden, da sich eine Konkurrenzsehbahn bemerkbar macht.

Verschiedene Verkehrswünsche.

Der Deutschnationale Fraktion lief ein Antrag ein, die Langfuhrer Linie wieder in Betrieb zu nehmen und die entfallenden Mehrausgaben durch eine Erhöhung der Fahrpreise um 10 Pfg. und der Zeit um 5 Pfg. einzubringen.

Dr. Gabel (D. P.) wollte daran, dass die Fischmarkt-Linie, die eine Notwendigkeit sei, einen Zuschuss in der Höhe von 900.000 Mk. zu erhalten. Die Gesellschaft sei verpflichtet, alle Linien in Betrieb zu halten.

Dr. Gabel (D. P.) trat für die Erfüllung der Verkehrs-wünsche ein. Die Eisenbahn fahre nicht ab, sondern nach Wunsch der Direktion. Dies insbesondere auf die Gefahren der Überfüllung der Wagen hin. Stadtver. Winter (D. P.) trat für in der Straßenbahn nach Verbund ein. Die Wiedereröffnung der Fischmarkt-Linie sei unbedenklich, um die Linie in der Nebenlinie und in der Nebenlinie wieder zu verbinden. Medner beantwortete die Eingaben von Wochenkarten für die Straßenbahn. Stadtver. Rabian (B.) erklärte, dass keine Fraktion der Deutschnationalen Fraktion die Vorlage ablehnen werde. Fraktion der D. P. die Vorlage ablehnen werde. Fraktion der D. P. die Vorlage ablehnen werde.

Die Fischmarkt-Linie ist unbedenklich.

Senator Runge widersprach dem Antrag der Deutschnationalen Fraktion. Die Gesellschaft habe unter den schwierigsten Verhältnissen den Betrieb aufrechterhalten. Die Stilllegung einiger Linien geschah aus wirtschaftlichen Gründen und bedeuere keine Verletzung des Vertrages. In anderen Städten, insbesondere Berlin, mache man jetzt das, was Danzig zur rechten Zeit getan habe, nämlich Stilllegung weniger wichtiger Linien und Einschränkung der Zahl der fahrenden Wagen. Das von der Gesellschaft vorgelegte Zahlenmaterial stimmt und sei nachgeprüft worden. Die Fortführung der Linien bis zu den früheren Endstationen schreite an den dadurch entstehenden Kosten. Wenn die Linie Langfuhrer-Fischmarkt wieder in Betrieb genommen werde, müssen die Kosten von den übrigen Linien aufgebracht werden.

Stadtver. Kuhlbrügge (D. P.) verlangte, dass den Fahrern der Thraer und Schildbürger Linien Gelegenheit gegeben wird, bis zum Bahnhof zu fahren, das sei möglich, wenn die Linie von Fischmarkt wieder eröffnet werde, wodurch die anderen Stationen entlastet werden. Medner bewängelt, dass die Preiserhöhung der Rückfahrkarten fortgefallen ist. Stadtver. Frau v. Korchleisch (D. P.) glaubt, dass der Verkehr sich steigern wird, und keine Zuschüsse erforderlich sind. In der Richtung der Kleinbahnreisen sei die Wiedereröffnung der Werder-Tor-Linie notwendig. Stadtver. Mohr (D. P.) stellte fest, dass die Eisenbahn sehr unzulänglich geworden ist, deshalb werde die Straßenbahn mehr in Anspruch genommen. Die Inbetriebsetzung der Fischmarkt-Linie und die Verlegung der Langfuhrer Endstelle vom Markt nach der Kurve erfordert ein Ausmaß von 1,2 Millionen Mark. Die Fischmarkt-Linie werde schließlich als Notwendigkeit beantragt. Es sei nicht richtig, dass die Arbeiter aus den Vororten, die die Straßenbahn brauchen müssen, um zur Arbeitstätte zu gelangen, pro Fahrt 10 Pfg. mehr ausgeben sollen, als diejenigen, die in der Stadt aus Notwendigkeit fahren.

Stadtver. Gen. Lehmann:

wies auf die Notwendigkeit der Linie nach Verbund hin. Diese Linie sei vor allen Dingen erforderlich. Wenn sie jedoch an der gesuchten Stelle gebaut werde, sei ein Nachsicher. Die Fischmarkt-Linie ist keine Lebensnotwendigkeit. Die Sozialdemokratische Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Stadtver. Scheller (D. P.) sprach gegen eine Verbesserung des Langfuhrer Verkehrs. Die Fischmarkt-Linie sei indessen im Interesse des Geschäftverkehrs notwendig.

Stadtver. Wielau (B.) beantragt, dass die Haltestelle Epik wieder eingeführt wird. Stadtver. Runge (D. P.) äußert sich gegen den Antrag, dass der Vergleich mit der Berliner Straßenbahn nicht zureichend sei, weil dies Unternehmen von der Gesellschaft total bernutzungsgerichtet war, als es von der Stadt übernommen wurde.

Nach einem Schlusswort des Stadtver. Dr. Herrmann, in dem er erklärte, dass der Plan der Verbund der Straßenbahn bis auf weiteres als unzulässig bezeichnet werden müsse, und der Gesellschaft „recht herzlichen Dank“ für ihre bisherige Tätigkeit ausdrückte, war die Ausdrucksache beendet. Es lagen folgende

Anträge

vor: 1. Wiedereröffnung der Fischmarkt-Linie, 2. Verlegung der Langfuhrer Strecke bis zur Kurve, 3. Einlegung von Fernwegen auf der Langfuhrer Strecke, die erst vom Neuhagen-Weg bzw. Bahnhof besetzt werden dürfen, 4. Einrichtung einer Haltestelle an der Epikstraße. Die dadurch entstehenden Kosten sollen auf sämtliche Fahrscheine umgelegt werden. Die Anträge wurden nahezu einstimmig angenommen. Der gesamten Vorlage wurde dann in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Linken zugestimmt.

Eine Reihe von Wahlen erfolgte nach den den Vorschlägen des Wahlausschusses.

Entschädigung für Tumultschäden.

Bei den Tumulten am 16. und 17. Dezember 1918 und 11. April 1919 sind Sachbeschädigungen und Plünderungen vorgekommen. Durch Vergleich sollen folgende Personen entschädigt werden: v. Pfuel, Generalleutnant in Koblenz 2800 Mk., Firma Keller, Zubehör Wehr. Czajewski, hier 96000 Mk.; Kauf Ludow, hier 400 Mk.; M. Arens, hier 450 Mk. Die Stadt ist zur Tragung der Tumultschäden gesetzlich verpflichtet. Die Versammlung erklärte sich mit den Vergleichen einverstanden.

Ohne Debatte wurden alsdann bewilligt: 40.000 Mk. zum Einbau einer Kurve in der Gleisführung der Schlachthofeisenbahn; für das Zustandsbeim des Vereins „Frauenhilfe für Wesangenenfürsorge“ ein weiterer Betrag von 10.000 Mk.; dem Verein „Kinderhort“ weitere 20.000 Mk. zum Einbau von 5 Subtranten am Kaiserhafen 18.500 Mk. und 240.000 Mk. zur Verbesserung des Feuerlöschwesens.

Der Haushaltsplan der Forst- und Domänenverwaltung wurde in erster Lesung verabschiedet, nachdem der Berichterstatter einige Wünsche vorgebracht hatte.

Stadtver. Scheller (D. P.) gab alsdann den Bericht des Ausschusses, die die in den Haushaltsplan eingelegten Abzüge für Dienstwohnungen, Heizung und Beleuchtung zu prüfen hatte. Der Ausschuss forderte den Einbau von Stromzählern und Gasmessern in sämtlichen Dienstwohnungen. Die Inhaber von Dienstwohnungen haben für Beleuchtung zunächst die Verträge durch laufende Gehaltsabzüge zu entrichten. Am Ende jedes Rechnungsjahres wird der Strom- und Gasverbrauch festgestellt und die betreffende Summe verrechnet. Wenn eine allgemeine Erhöhung der Mieten erfolgt, sollen auch die Dienstwohnungen steigen werden.

Das Marienkrankenhaus verlangt von der Stadt für die Tauer von 10 Jahren ein unverzinsliches Darlehen von 400.000 Mk.

Das Diakonissen-Krankenhaus beantragt für das Rechnungsjahr 1921 einen Zuschuss von 585.847 Mk.

Stadtver. Runge (D. P.) ist für Ablehnung der Forderungen, weil die Stadt kein Mittel im Budget hat bei der Verwaltung dieser Krankenhäuser hat. Man möge beide Anträge unter städtische Verwaltung stellen.

Stadtver. Kuhlbrügge (D. P.) regte an, auch die Landkreise zu den Kosten dieser Krankenhäuser heranzuziehen.

Stadtver. Dr. Stabe erklärte, dass das Mitbestimmungsrecht der Stadt sichergestellt ist. Wenn die Landkreise zu den Kosten herangezogen würden, müsste man die Kranken aus den Landkreisen zu den Danziger Pflegekosten aufnehmen. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Die Verlegung der Kinderkrippe nach Jährlental führte zu einer längeren Ausdrucksache. In der Stadtver. Frau von Korchleisch (D. P.) verachtete die Verlegung vorbrachte. Die Kinderkrippe müsse zentral gelegen sein. Das Arbeits- und Stechenhaus habe sich dazu besser geeignet.

Stadtver. Dr. Weger entgegnete, dass das Kinderheim für solche Kinder bestimmt ist, die nicht sofort in Privatpflege untergebracht werden können. Das Jungfrauenheim soll mit einem Kinderheim verbunden werden.

Stadtver. Dr. Stabe teilte mit, dass Teile des Arbeiterhauses wieder zu Krankenhaus werden gebraucht werden.

Stadtver. Frau von Korchleisch (D. P.) betonte nochmals, dass die Kinderkrippe im Elbaer Tor besser gelegen sei. Hier hätten Mütter Gelegenheit, trotzdem sie in Arbeit ständen, ihre Kinder selbst zu nähren. Es fehlt in Danzig ein Heim, wo in dringenden Fällen Kinder schnell untergebracht werden können. Medner schiedliche dann die Schwierigkeiten bei der Unterbringung unheilbarer Kinder.

Die Versammlung hielt die Verlegung der Krippe nach Jährlental für zweckmäßig und bewilligte die für die Umbauten notwendigen 45.000 Mk.

Nachdem noch einige Eingaben erledigt waren, die die Besetzung der technischen Angestellten der Danziger Werft an den Direktor der Werft wegen Nichtannahme des Tarifs ging zu den Akten wurde die öffentliche Sitzung um 1/8 Uhr geschlossen.

Danziger Nachrichten.

Polens Antwort auf Danzigs Forderungen.

Minister Pincuski, der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, hat an den Beratungen des Warschauer Parlaments über die Ratifikation des Danzig-polnischen Vertrages, die trotz anfänglicher Opposition, einstimmig erfolgte, teilgenommen. Nach der Rückkehr aus Warschau hat P. den Vertretern der polnischen Presse über die Stellung der polnischen Regierung zu diesen Problemen folgende Mitteilung gemacht:

„Die Frage der Zollvereinfachungen darf nach polnischer Ansicht nicht mit der Ratifikation verknüpft werden. Wenn der Danziger Volkstag die Ratifikation ablehnen würde, wäre Polen gezwungen, sich an den Völkerbundsrat zu wenden, um durch ihn dem Vertrage Rechtskraft verleihen zu lassen. Solange Danzig die Ratifikation verweigert, würde, wie Minister Pincuski in unverbülltester Form andeutete, Polen die Belieferung des freizügigen Handels mit Lebensmitteln einstellen.“

Die von Danziger Seite geforderten Annahmen vom Zolltarif können nur durch den Abschluss eines besonderen Vertrages, also unabhängig von der Ratifikation des am 24. Oktober unterzeichneten Abkommens, vereinbart werden. Doch erklärte Minister Pincuski ausdrücklich, dass diese Zollvereinfachungen gleichfalls schon am 1. Januar 1922 in Kraft treten könnten.

Die polnische Regierung ist bereit, namentlich in Bezug auf die notwendigen Verbrauchsgüter wie Eisen und Kupfer in den von Zolltarif einzutreten zu lassen, und hat daran gedacht, Waren, denen diese Zollvereinfachungen zugute kommen sollen, in bestimmten Kontingenzen nach Danzig hineinzu lassen, wobei Danzig dafür Vorzüge treffen müsste, dass diese kontingentierten Waren nicht über die Grenzen des Freistaates nach Polen gelangen können. Für Rohstoffe und Halbfabrikate sollen solche Zollvereinfachungen ausgeschlossen sein. Die an gewährenden Zollvereinfachungen sollen auf einen Zeitraum von 3 Monaten beschränkt bleiben. Es soll versucht werden, festzustellen, ob in diesem Zeitraum Danzig nicht auch bereits mit Waren für die spätere Zeit versorgt werden könnte.“

In der Presse, in Verordnungen und im Volkstage ist erklärt worden, dass Danzig den polnischen Zollmultiplikator in seiner bisherigen Höhe nicht übernehmen kann. Er bedeuere den Tod des Danziger Wirtschaftsliebens. Es sollten Verhandlungen über die Herabsetzung des Multiplikators stattfinden. Anstatt der erhofften Herabsetzung, soll nun sogar noch eine Erhöhung der Zölle stattfinden. Nach einer Verordnung des polnischen Ministers für Handel und Industrie ist der Multiplikator von 400 auf 500 erhöht. Der Multiplikator für Zucker (800) und zollverpflichtete Waren (1 und 10) bleibt bis auf weiteres bestehen.

Filmschau.

Das Lichtbildtheater Langermarkt bringt außer einem schönen Großfilm, „Das Brautmal der Liebe“, in einer besonderen Jugend-Vorstellung drei wunderschöne für die Jugend geeignete Sachen. „Der kleine Ruck“, ein Märchenfilm nach dem orientalischen Märchen von Hauff. Große Freude bringt auch die Geschichte vom Hasen und dem Schweine. Den Fußballsport veranschaulicht ein Kesselfilm. Er beginnt mit dem Training, das den ganzen Körper gleichmäßig durchbildet, zeigt dann Einzelbilder aus der Technik des Kampfes. Die mit der Zeitlupe aufgenommenen Bilder lassen ein sehr genaues Studium aller Bewegungen zu. Jeder Kesselfilm dürfte alle Sportbegeisterten ebenfalls interessieren.

nehmende Haltung auf persönliche Gründe des kommunistischen Vorwärtstretens zurückzuführen.

Allerdings geben sich die Kommunisten trotzdem den Anschein einer besonders radikalen „Vorwärts“, indem sie ein vollständiges Verbot der Spekulation fordern. Merkt denn der große Mann der A.P.D. die Ehrfurcht nicht, die er sich damit selbst versetzt? Einmal versucht man nachzuweisen, daß Devisen überhaupt nicht spekuliert werden, sondern nur vom Handel zum ausländischen Warenkauf — also eine volkswirtschaftlich gar nicht zu unterbindende Geschäftsmäßnahme — gekauft werden, und andererseits will man die „Spekulation“ wieder verbieten. Daß die „schwarze“ Spekulation unbedingt verhindert werden muß, ist keine Streitfrage. Daß bankmäßige Devisengeschäfte aber zu betreiben, können wohl selbst die Kommunisten nicht fordern. Es scheint unter den hiesigen führenden Kommunisten trotz ihrer russischen Beziehungen noch nicht bekannt zu sein, daß selbst in Rußland wieder Wertschwankungen zugelassen sind. Solange wir den kapitalistischen Staat haben, wird man mit derartigen Einwirkungen eben leider zu rechnen haben. Dann soll man aber nicht aus irgendwelchen geheimnisvollen Gründen heute, wo die erwerbstätige Bevölkerung unter schweren Steuerlasten leidet, die Spekulation dieser Spekulationsgeschäfte ungeschoren lassen.

Wenn die „Arbeiterzeitung“ zur Beschönigung ihres unverständlichen ablehnenden Standpunktes wieder zu den niedrigsten Verbildigungen der sozialdemokratischen Führer greift, so sei ihr das geschenkt. Aber niemand denkt im sozialdemokratischen Lager auch nur im entferntesten daran, mit der Zustimmung zum Devisenbestenungsgesetz die Forderung auf schleimigste Schaffung einer Vermögenssteuer weniger nachdrücklich zu vertreten. Dieser Gedanke blieb der „Arbeiterzeitung“ schon allein aus dem Grunde vorbehalten, weil man bekanntlich niemand hinter dem Busch sucht, hinter dem man nicht selbst gefressen hat. Und daß dies der Fall zu sein scheint, könnte die kommunistische Verteidigung des Spekulationskapitals gegen eine Besteuerung lehren.

Der „Einheitsfront“ ein andermal einige Worte, da sie mit dieser Frage sowieso verflucht wenig zu tun hat.

Oesterreichischer Freundschaftsvertrag mit der Tschecho-Slowakei.

Prag, 20. Dez. (W.Z.V.) In Prag und in Wien wurde heute das politische Abkommen zwischen der Tschecho-Slowakei und Oesterreich veröffentlicht. In dem Abkommen garantieren sich beide Staaten die gegenseitigen Staatsgebiete und verpflichten sich zur Wahrung der Neutralität im Falle eines fremden Angriffs auf eine der Vertragsparteien und sagen sich gegenseitige Unterstützung bei der Bekämpfung von Geheimorganisationsen zu. Falls sich zwischen beiden Staaten kritische Fragen ergeben sollten, verpflichten sie sich, sich freundschaftlich zu verständigen und gegebenenfalls den Streit dem ständigen internationalen Gerichtshof zu unterbreiten.

Unter falschem Namen gereift ist der Medaieur der „Roten Fahne“ Leo Borochowicz. Als er von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen wurde, hatte er einen auf den Namen Mayer lautenden Paß bei sich. Borochowicz, der aus Lodz stammt, ist Ende 1918 nach Berlin zugereist. Er soll u. a. wegen Urkundenfälschung angeklagt werden.

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

(13.) (Fortsetzung.)

Thorke hatte, ohne eine Miene zu verziehen, zugehört. Endlich fragte er gelassen: „Warum hast du das getan, Herr?“

„Du frecher Kerl fragst noch danach!“ schrie der reiche Kaufmann. „Wißt du es leugnen, daß du mein und Herrn Yöns Willes Vertrauen aufs schändlichste gemißbraucht hast?“

„Du hast dich selbst betrogen, Herr.“ sagte Thorke. „Es hat einer, wie ich merke, gehört, was ich am Abend in des Pfarrers Garten sprach, und das scheint dir nicht zu gefallen. Aber du forderst mich auf, die Wahrheit zu sagen, der Pfarrer auch. Ich habe richtig getan, was ihr beide begehrte; was schadet ihr mich? Wolltet ihr einen haben, der euch zuliebe lügen und verleumden sollte, dann seid ihr an den Unrechten gekommen.“

„Du Lump, du!“ sagte Herr Schiemann wütend und ballte die Faust. „Aus meinem Hause mit dir! Doch erst warte noch.“ Er riß an der Klingel, und durch die eine Tür traten Glas und die beiden Arbeiter herein, durch die andere Tür der Wächter.

„Nehmt dem Kerl das Zeug vom Leib!“ schrie ihnen Schiemann zu. „Alles, was er trägt, ist mein Eigentum; dann werft ihn hinaus auf die Straße, zu Spott und Schande!“

„Herr.“ sagte Thorke, „du tust, als gäbe es keine Gesetze in Norwegen, als könntest du mit mir verfahren, wie es dir beliebt. Du belügst den Vogt. Niemand hat noch von mir Leid oder Schaden erfahren; deine Falschheit wird an den Tag kommen.“

„Nach keine Umstände, Junge!“ rief Glas, und packte ihn beim Kragen. „Faßt ihn an und hinaus mit ihm!“

Mit einer blitzschnellen Wendung drehte sich Thorke um, und ehe die beiden Arbeiter zuspringen konnten, bekam Glas einen Schlag an den Kopf, daß er gegen die Tür flog. In demselben Augenblick war Thorkes Hand auch in seiner Tasche, und ein breites scharfes Messer, wie Bauern und Fischer es in einer Lederscheide tragen, bligte den Männern entgegen, die es nicht wagten, näher zu kommen.

Die deutsch-nationale Futterkrippenwirtschaft

Der Senat gegen die Verwaltungsreform — Präsidenten-Sinekuren.

Die gestrige 2/3-ständige Vollständigung war fast ausschließlich der Beratung des neuen Dienstverordnungs-Gesetzes der Beamten gewidmet. Der Beschlusse zur Aenderung der Verordnung über Lohn und Löhne wurde beibehalten in allen drei Lesungen verabschiedet, ebenso auch der Beschlusse über Aenderung des Gerichts-Kosten-Gesetzes in dritter Lesung.

Bürgerliche Vorschläge auf Verwaltungsreform.

Hr. Friedrich (D. P.) gab den Bericht über die Ausschuss-Beraterungen der Beamtenbesoldungsvorlage.

Einzelne höhere Beamten der Gruppen 11, 12 und 13 sind durch Ausschussbeschlüsse einige Stufen heruntergerückt. Angenommen wurde eine Entschleunigung, in der der Senat ersucht wird, zur Vereinfachung der Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit gemeinsam mit einem zu diesem Zweck einzulegenden Ausschusse zu prüfen: ob die Zahl der vorhandenen Stellen verringert werden oder die Arbeitsverhältnisse ganz fallen können; ob eine Vereinfachung des Vollzeitswesens im ganzen Reichsgebiet durchgeföhrt werden kann; inwieweit die Geschäfte der Verwaltungsgerichte auf die ordentlichen Gerichte übertragen werden können und welche sonstigen Aenderungen des Verwaltungs-Apparates notwendig erscheinen. Bis zur Vorlegung des Haushaltsplans 1922 sollen dem Volkstage dahingehende Beschlüsse der Deutschristen vorgelegt werden.

Werkwürdige Befürchtungen.

Wegen diese selbstverständlichen Forderungen zog der Senatspräsident Salm sofort in längeren Ausführungen zu Felde. Es waren eigenartig anmutende Gründe, die er gegen die Zentralisation geltend machte. Obwohl seinerzeit die Bildung des großen Senats immer mit der Verdrängung verteidigt wurde, daß der große Senat nachher auch die Verwaltungszentrale bilden würde. Mit einem Male erklärte jetzt der Senatspräsident wieder, daß der Senat nicht ins Land sei, noch mehr Arbeit zu übernehmen. Alles was früher eine große Verheißung war, soll sich jetzt nicht in die Tat umsetzen lassen. Die Zentralisation würde einen besorglichen Rückschlag des Verantwortlichkeitsprinzips der oberen Parteien zur Folge haben! Für Rechtsgeschäfte würde einzig und allein der Senat in Betracht kommen. Der Senat würde dadurch nicht allein im Inland, sondern auch im Ausland an Ansehen verlieren! Auch die Staatsautorität würde leiden. Mit solchen und ähnlichen Gründen versuchte der Senatspräsident gegen die Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung grollisch zu machen.

Hr. Hummel (D. P.) setzte sich für die Wiederherstellung der ursprünglichen Besoldungsvorlage ein, damit nur nicht die Landräte und die vereidigten Präsidenten zu kurz kommen. Auch die Deutschnationalen hielten eine Vereinfachung des Verwaltungsapparates selbstverständlich nicht für angebracht.

Das Eingekündnis des Organisationsfehlers.

Hr. Dr. Eppich (D. P.) vertrat dagegen die Ansicht, daß eine Zentralisierung der Verwaltung unbedingt Platz greifen müsse. Die Praxis habe es tatsächlich gelehrt, daß der Senat, obwohl er so groß sei, doch nicht die Leitung der Verwaltung ausübe; dafür seien bisher stets besondere Beamte notwendig gewesen. Redner schlägt eine Arbeitsstellung vor, daß die hauptamtlichen Senatoren die Verwaltung leiten und die parlamentarischen die Politik machen sollten. Die Gründe Salm hält der Redner nicht für stichhaltig. Eine Zentralisierung müsse Platz greifen.

Genosse Nagroßli:

Dieses Dienstverordnungs-Gesetz, das uns vom Senat vorgelegt ist, bedeutet einen Fortschritt in bezug auf die endliche Sicherstellung der Beamten im Freistaat. Wir haben versucht, im Ausschusse an der Verbesserung dieses Gesetzes mitzuarbeiten und haben auch versucht, eine Besserstellung derjenigen zu erreichen, die in der Vorlage zu kurz gekommen sind. Die Aufbesserung der höher bezahlten Beamten ist eine bedeutend größere als diejenige, die

den minderbezahlten Beamten zuteil geworden ist. Niedrig bezahlte Beamte wird von der Teuerung aber getroffen wie der höher bezahlte. Demzufolge haben gesucht, alle diejenigen Gruppen, die nach der Besoldung ein zu geringes Maß von Aufbesserung erhalten etwas besser zu stellen. Bei allen schönen Worten, auch von der bürgerlichen Seite für unsere Vorschläge hat man unsere Anträge schließlich doch abgelehnt. Wir beantragen, daß allen denen, die unter der Ungunst der Gehaltssteigerung zu leiden haben, eine gewisse Mindestzulage zuzugewährt wird, und zwar bis zur Gruppe 7, daß eine Zulage in Maß pro Jahr garantiert wird. Es ist dies eine Zulage bis zur Gruppe 8 nicht erreicht wird. Es könnte se auch in den höheren Stufen der Gruppe 7 die Summe 8000 Mark erreicht wird, denen sollte dann nichts werden. Wir konnten wohl verlangen, daß bei den schänt hohen Zulagen die die oberen Klassen bewilligt sein sollten, den niederen und mittleren Beamten endliche gegeben wird, daß sie wenigstens sich erlauben mit ihren Familien. Man hat diesen Antrag abgelehnt der Vertreibung, daß im Reich eine neue Besoldungsvorlage vorbereitet wird, bei der die unteren Besoldungsgruppen besser abfinden.

Der große Unterschied.

Wenn man die Vorlage des Senats und die Erläuterungen näher unter die Lupe nimmt, wird man finden, daß Herrschaften, die das Gesetz gemacht haben, es sehr zu stehen haben, sich eine ganz unehrenwerte Zulage zu schaffen. In der ersten Gruppe beträgt die Zulage bei fangsaehalt nur 7 Prozent, im Endsaehalt sogar nur 6 Prozent, bei der 2. Gruppe 2,13 Prozent und so geht es bis zur Gruppe 7 mit 10 Prozent. Von Gruppe 8 bis jedoch an. Zunächst sind es 49 Prozent, in Gruppe 10 52 Prozent, in Gruppe 11 60 Prozent und in Gruppe 13 erreicht Zulage sogar sogar 101 und 111,2 Prozent. (Hört, hört!)

Es ist wirklich ein unerhörtes Stück, wenn man unredlich will, daß diese Aufbesserung auf gerechter Grund erfolgt. Man sagt, so wie im Deutschen Reich im Preußen ist die Ungleichheit hier auch behandelt in Wir dürfen doch nicht die Fehler nachmachen, die in Preußen und im Deutschen Reich gemacht werden. Man hätte starken Ungerechtigkeiten ausgleichen können, wenn die gesuchten Parteien unseren Anträgen zugestimmt hätte.

Der zweite Punkt, den wir zu bemängeln haben, ist die Zahl der Beamten des Senats. Die von der Kommu den Staatsdienst übergetretenen machen mit den Beamten die bereits im Staatsdienst waren, eine Summe an nach unserer Meinung das übersteigt, was bisher in 1 Stellen an Beamten nötig war. Man hat uns vorgeworfen, daß 98 Beamten durch die Vereinfachung der Verwaltung weniger vorhanden sind. Wenn man aber bedenkt, daß die Verwaltung der freien Stadt entgegen den bestehenden Beamtenverordnungen heute nur 98 Beamte weniger ist und daß keine Vereinfachung erscheinen. Wir haben erklärt, daß wir eine Vereinfachung darin erblickten, daß der Senat lediglich sich mit Regierungsverwaltung beschäftigt er aus 5 Köpfen bestehen soll, und daß die anderen 93 weiterarbeiten sollten unter den äussersten Ersparnissen. hat uns damals erklärt, daß die Geschäftsstellenleiter käufig werden, jeder Senator bekommt ein Pöschchen, andere verschwindet und wir sparen eine Menge Geld; hat sich herausgestellt, daß das nun doch nicht so ist. Tränen der Bürgerlichen werden darüber zu spät vergossen die Deutsche Partei hatte es damals noch in der unteren Vorläufer auf Schaffung eines kleinen Senats zustimmen. Wir freuen uns, daß die Deutsche Partei Einsicht gekommen ist, daß sie damals einen Fehler gemacht hat. Sie werden wohl nun unseren Worten zukünftig Glauben schenken.

Präsidenten-Wirtschaft.

Wir haben bei der ersten Lesung dieses Gesetzes bei daß wir immer auf seiten derjenigen stehen, die Not le

„Wahret euer Leben.“ sagte Thorke, „ich rate es euch. Du aber, du schlechter Mann, wisse, daß deine Falschheit dir nichts helfen soll, du wirst daran aufhängen werden. Was ich an Kleidern trage, habe ich von dir gekauft auf deinen Rat, und da wir es zusammenrechneten, betrug meine Schuld acht Taler. Ich kam, dir diese zu bringen, denn ich mag nicht in deinem Schuldbuche stehen. Hier ist dein Geld, und jetzt macht Platz, ihr dort, und schämt euch alle eurer schlechten Handlungen wegen.“

Er legte acht Taler auf den Tisch, die Herr Schiemann mit Verwunderung ansah. Nicht acht Groschen hatte er bei dem Durcheinander vermutet, und er wollte schon fragen, wo dieser das Geld gestohlen habe, aber Thorke sah nicht aus, als ob er sich noch mehr gefallen ließe. Er hielt das Messer noch immer fest, und seine Augen hatten einen rötlichen Glanz, sie flogen wie Falkenaugen umher. Den harten Glas hatte er mit dem einen Schläge von sich geworfen, daß er noch immer wie betäubt stand; einem solchen verwegenen Kerl war leicht noch Schlimmeres zuzutrauen. Herr Schiemann schwieg daher, obwohl er voller Wut war, denn Thorke hatte die Rede, die er ihm zugebracht, verteidelt. Nach und bloß sollte er aus dem Hause gejagt und dabei ordentlich durchgewalkt werden. Die beiden Arbeiter hielten dazu schon die Schnallenriemen ihrer Lederschuhe bereit; jetzt ging der freche Kerl davon, ohne daß ihm ein Finger weh tat. Es konnte ihn niemand halten.

„Hinaus mit dir!“ rief daher der reiche Kaufmann, „du sollst bald finden, was du verdienst von Vogt und Gericht.“

„Ich fürchte mich nicht vor dir.“ antwortete Thorke lachend. „Du wirst es schon lassen, mich anzufügen, denn du hast ohne alles Recht mich angegriffen, und deine schlechten Handlungen würden an den Tag kommen. Sei also froh, wenn ich schweige, und nimm dich wohl in acht vor den Steinen, die auf deinem Wege liegen.“

Damit ging er stolz aufstreichend hinaus, und niemand rührte sich, um ihn anzufügen; als er aber fort war, schleuderte Herr Schiemann den Brief an den Vogt in eine Ecke des Schreibzimmers, denn er dachte nicht mehr daran, ihn abzuschicken, hatte auch überhaupt wohl nur Thorke damit schrecken und einschüchtern wollen. Verdrießlich zog er die Stirn zusammen und schweig eine Minute lang; darauf sagte er zu den Arbeitern: „Ihr müßt gehen, doch sagt es allen,

daß keiner sich untersteht, mit diesem Nagabund Gemein zu halten. Arbeit soll er in Molde nicht finden, dafür ich sorgen, und jeder Mann am Fjord, der sich mit ihm läßt, soll keinen Fisch hier verkaufen, so wahr ich Scher heisse!“

Das war ein schweres Wort von dem Herrn und Gewalt. Die Kaufleute hielten zusammen in allen Dingen daher besaßen sie große Macht und Gewalt. Wo ein Fjorderwippen war, die Preise nicht annehmen wollte, die der Herren ihm bot, oder sich groß und auffällig zeigte, ihm keiner mehr seine Ware ab, auch wenn er sie haßig lassen wollte. Das ist so üblich an diesen Küsten, die sind die Fischer ganz in den Händen der Kaufleute, und nicht war nun über Thorke ausgesprochen, der eilen würde, daß er um anders hinging, um sein Leben zu fristen.

Die Arbeiter gingen erschrocken fort, Glas jedoch blieb stehen, und zu ihm wandte sich Herr Schiemann, halb ängstlich, halb hämisch, indem er ihn von der Seite ansah. hat dir wohl den Kopf eingeschlagen, Glas.“ fragte er, er dir so wackelt?“

„Weinige.“ sagte Glas, die eine Kopfschüttelung haltend, „noch nicht.“

„Warum wehrtest du dich nicht besser?“

„Ein andermal soll es geschehen. Ich verfaß es mir nicht, murmelte Glas grimmig.“

„Die Stelle bekommst du.“ sagte Schiemann, „aber schenke dir ein sechsstündig neues Boot oberlein, wenn du dem Gallanten für immer einträufst.“

„Es wird sich schon finden, wo ich es kann.“ versetzte er und verzerrte sein Gesicht.

„So tu es.“ antwortete Schiemann. „Bringe ihn fort hier auf irgendeine Weise, sonst macht er uns noch mehr Wut und Scham. Er soll nicht wieder in des Pfarrers Garten, laure ihm auf und vertreibe es ihm. Geschick nicht, so wird er dir auch die Sigrid stehlen.“

„Bei Gott.“ sagte Glas und ballte seine Fäuste, „er nicht weit mehr kommen. Der Schlag an meinen Kopf ihm vergolten werden, mag es Blut und Leben kosten.“

(Fortsetzung folgt.)

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Inbetriebsetzung der Fischmarkt-Linie. — Erweiterung des Langfuhrer Verkehrs bis zur Kurve. — Erhöhung der Theaterpreise.

Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, den 20. Dezember 1921.

Nachdem nun allmählich die zur Beschlußfähigkeit des Rates erforderliche Zahl von Stadtverordneten eingetroffen war, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende die Sitzung und gab Kenntnis von folgendem Schreiben des Senats:

„Der Senat ist dem Beschlusse der Stadtverordneten Versammlung vom 27. September 1921,

städtische Arbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, die inländisch sind,

d. h. ihre Arbeiter und Angestellten gemäß den üblichen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeberorganisationen abgeschlossenen Tarifverträgen entlohnen, mit der Maßgabe beizutreten, daß bei Ausschreibungen von Lieferungen und Arbeiten für die Stadtgemeinde Danzig von den Unternehmern und Firmen eine Erklärung des Inhalts gefordert werden soll, daß sie ihre Arbeiter und Angestellten auf Grund von Tarifverträgen entlohnen. Firmen und Unternehmer, die diese Erklärung nicht abgeben, sollen bei der Vergabe nicht berücksichtigt werden. Doch steht sich der Senat nicht in der Lage, so weit zu gehen, daß er bei kleineren Aufträgen und Vergabungen, die nicht im Wege der Ausschreibung erfolgen, in jedem Einzelfalle die Tariffrage der Firmen und Unternehmer feststellt, was nach seiner Ansicht auch nicht Absicht des Stadtverordneten Beschlusses gewesen sein kann.“

Dem Theaterdirektor Schaper wurde ohne Debatte die Ermächtigung erteilt, nach Maßgabe des vorliegenden Gutachten mit dem Personal des Stadttheaters eine neue Jahresverträge abzuschließen. Zur Deckung des Defizits, das für 1922 mit 1.700.000 Mk. veranschlagt wird, soll die

Erhöhung der Theater-Eintrittspreise.

schon am 1. Januar 1922 wie folgt eintreten: 1. Rang 1. Reihe und Erweiterte 1. Reihe von 10,70 auf 30 Mk., 1. Rang 2. und 3. Reihe von 15,70 auf 28 Mk., 2. Rang 1. Reihe von 15,70 auf 28 Mk., 2. Rang 2. und 3. Reihe von 6 auf 9 Mk., 3. Rang 1. Reihe von 5 auf 8 Mk., 2. Reihe von 3,70 auf 5 Mk., 3. Reihe von 2,70 auf 4 Mk., 4. Reihe von 2,70 auf 4 Mk., 5. Reihe von 1,90 auf 3 Mk.

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

führte zu einer längeren Aussprache. Stadtverordneter Dr. Herrmann (D. P.) betonte als Verantwortlicher des Anstehens, daß die Straßenbahn sich selber tragen muß. Es muß so eingerichtet werden, daß keine Zuschüsse erforderlich sind. Der Anstehende hat sich von der Notwendigkeit der Fahrpreiserhöhung überzeugt. Am das laufende Jahr hat die Gesellschaft eine Unterbilanz von 501.791 Mk. nachgewiesen. Durch Aufhebung der Löhne am 1. November würde sich dieser Rechner um 1.372.116 Mk. erhöhen. Die Einrichtung des 10-Minuten-Verkehrs nach Neufahrwasser erfordert einen weiteren Zuschuß von 900.000 Mk. Der Rechnertrag würde etwa 3 Millionen Mark ausmachen. Dieser soll durch Erhöhung der Fahrpreise gedeckt werden. Bei den Preisen bis 50 Pfa. soll die 10 Pfa. betragen. Die 1-Mark-Fahrpreise sollen um 20 Prozent erhöht werden. Für die Straßen, für die bisher 1,20 Mk. gezahlt wurde, soll in Zukunft 1,50 Mk. gezahlt werden. Die ermäßigten Nachtfahrpreise sollen fort. Die Zeitkarten sollen um 6 bis 10 Mark erhöht werden. Der Verkehrs-Ausschuß hat sich einstimmig für diese Erhöhung der Fahrpreise ausgesprochen. Der Anstehende hat sich gegen die Durchführung des Fahrpreiserhöhes über den Markt in Langfuhrer bis zur Kurve ausgesprochen. Die Wiedereröffnung der Linie Fischmarkt-Venzgasse wurde von einem Teil des Anstehens als lebensnotwendig, von dem anderen als bequemlich bezeichnet. Die Fischmarkt-Linie brauche einen Zuschuß von 780.000 Mk. Die Fahrpreise der Straßenbahn können nicht rückwärts geschlagen werden, da sich eine Konkurrenz der Eisenbahn bemerkbar macht.

Verstärkte Verkehrs wünsche.

Von der Deutschnationalen Fraktion lief ein Antrag ein, die Linie Venzgasse — Fischmarkt wieder in Betrieb zu setzen und die entstehenden Mehrausgaben durch eine weitere Erhöhung der Fahrpreise um 10 Pfa. und der Zeitkarten um 5 Mark einzubringen.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) weist darauf hin, daß die Fischmarkt-Linie, die eine Notwendigkeit sei, einen Zuschuß in der angegebenen Höhe bedarf. Die Gesellschaft sei verpflichtet, alle Linien in Betrieb zu halten.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) trat für die Erfüllung der Langfuhrer Verkehrs wünsche ein. Die Eisenbahn läßt nicht mehr Fahrplanmäßig, sondern nach Wunsch der Direktion. Neben wies insbesondere auf die Gefahren der Herabsetzung der Langfuhrer Wagen hin. Stadtverordneter Fabian (D. P.) trat für den Bau der Straßenbahn nach Heubude ein. Die Wiedereröffnung der Fischmarkt-Linie sei notwendig, um die Bureau in der Maschinenfabrik und in der Artilleriefabrik miteinander zu verbinden. Neben beantwortete die Einführung von Wochenkarten für die Straßenbahn. Stadtverordneter Fabian (D. P.) erklärte, daß seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Stadtverordneter Fabian (D. P.) erklärte, daß die Fraktion der U. S. P. die Vorlage ablehnen werde. Die Straßenbahngesellschaft sei verkehrsfähig und zeige keinerlei Anstalten, da den Aktionären eine 70-prozentige Dividende zugesichert ist. Wenn auf der Langfuhrer Linie einige Wagen mehr eingesetzt würden, könnten die Einnahmen erhöht werden. Jeden Morgen, Mittag und Abend bleiben 50 bis 60 Fahrzeuge zurück, weil die Wagen überfüllt sind. Die Fischmarkt-Linie ist notwendig.

Senator Mönke widersprach dem Antrag der Deutschnationalen Fraktion. Die Gesellschaft habe unter den schwierigen Verhältnissen den Betrieb aufrechterhalten. Die Stilllegung etlicher Linien geschah aus wirtschaftlichen Gründen und bediene keine Verlegung des Vertrages. In anderen Städten, insbesondere Berlin, mache man jetzt das, was Danzig zur rechten Zeit getan habe, nämlich Stilllegung weniger wichtiger Linien und Einschränkung der Zahl der fahrenden Wagen. Das von der Gesellschaft vorgelegte Zahlenmaterial stimmt und sei nachgeprüft worden. Die Durchführung der Linien bis zu den früheren Endstationen scheiterte an den dadurch entstehenden Kosten. Wenn die Linie Venzgasse — Fischmarkt wieder in Betrieb genommen werde, müßten die Kosten von den übrigen Linien aufgebracht werden.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) verlangte, daß den Fahrplänen der Trauer und Schlichter Linien Gelegenheiten gegeben wird, bis zum Bahnhof zu fahren, das sei möglich, wenn die Linie Venzgasse — Fischmarkt wiedereröffnet werde, wodurch die anderen Stadtlinien entlastet werden. Neben betonte, daß die Preisermäßigung der Müllfahrarten fortgesetzt werden soll. Stadtverordneter Fabian (D. P.) erklärte, daß der Verkehr sich steigern wird, und keine Zuschüsse erforderlich sind. In Interesse der Kleinbahnreisenden sei die Wiedereröffnung der Heubude-Linie notwendig. Stadtverordneter Fabian (D. P.) stellte fest, daß die Eisenbahn jetzt sehr unrentabel geworden ist, deshalb werde die Straßenbahn mehr in Anspruch genommen. Die Inbetriebsetzung der Fischmarkt-Linie und die Verlegung der Langfuhrer Endstelle vom Markt nach der Kurve erfordert eine Ausgabe von 11 Millionen Mark. Die Fischmarkt-Linie werde lebhaft aus dem Anstehen kommen. Es sei nicht richtig, daß die Arbeiter aus dem Vorort, die die Straßenbahn benutzen müssen, um zur Arbeit zu gelangen, pro Kopf 10 Pfa. mehr ausgeben sollen, wie diejenigen, die in der Stadt aus Bequemlichkeit fahren.

Stadtverordneter Fabian:

wies auf die Notwendigkeit der Linie nach Heubude hin. Diese Linie sei vor allen Dingen erforderlich. Wenn sie jedoch an der genannten Stelle gebaut werde, sei ein Risiko sicher. Die Fischmarkt-Linie ist keine Lebensnotwendigkeit. Die Sozialdemokratische Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) sprach gegen eine Verbesserung des Langfuhrer Verkehrs. Die Fischmarkt-Linie sei indessen im Interesse des Geschäftsverkehrs notwendig.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) beantragt, daß die Haltestelle Ost wieder eingerichtet wird. Stadtverordneter Fabian (D. P.) erwidert dem Senator Mönke, daß der Vergleich mit der Berliner Straßenbahn nicht zureichend sei, weil diese Unternehmen von der Gesellschaft total heruntergewirtschaftet war, als es von der Stadt übernommen wurde.

Nach einem Schlußwort des Stadtverordneters Herrmann, in dem er erklärte, daß der Bau der Heubude-Straßenbahn bis auf weiteres als unmöglich bezeichnet werden müsse, und der Gesellschaft recht herzlich dankt für ihre bisherige Tätigkeit, wurde die Aussprache beendet. Es lagen folgende

Anträge

vor: 1. Wiedereröffnung der Fischmarkt-Linie, 2. Verlegung der Langfuhrer Strecke bis zur Kurve, 3. Einlegung von Fernwegen auf der Langfuhrer Strecke, die erst vom Heubuden-Weg bzw. Bahnhof besetzt werden dürfen, 4. Einrichtung einer Haltestelle an der Oststraße. Die dadurch entstehenden Kosten sollen auf sämtliche Fabrikbetriebe umgelegt werden. Die Anträge wurden nahezu einstimmig angenommen. Der gesamten Vorlage wurde dann in der Schlußabstimmung gegen die Stimmen der Pansen angenommen.

Eine Reihe von Wahlen erfolgte nach den den Vorlägen des Wahlausschusses.

Entschädigung für Tumultschäden.

Bei den Tumulten am 16. und 17. Dezember 1918 und 11. April 1919 sind Sachbeschädigungen und Wänderungen vorgekommen. Durch Vergleich sollen folgende Personen entschädigt werden: v. Pfeil, Generalleutnant in Koblenz 2000 Mk., Firma Keller, Inhaber Gebr. Gygawski, hier 30.000 Mk.; Hans Judow, hier, 400 Mk.; W. Krens, hier, 450 Mk. Die Stadt ist zur Tragung der Tumultschäden gesetzlich verpflichtet. Die Versammlung erklärte sich mit den Vergleichen einverstanden.

Ohne Debatte wurden alsdann bewilligt: 40.000 Mk. zum Einbau einer Kurve in der Gleisführung der Schlachthof-Eisenbahn; für das Zuchtstallheim des Vereins „Frauenhilfe für Wesingenerkinder“ ein weiterer Betrag von 40.000 Mk.; dem Verein „Kinderhart“ weitere 30.000 Mk.; zum Einbau von 5 Hydranten am Kaiserhafen 18.000 Mk., und 240.000 Mk. zur Verbesserung des Kanalschiffens.

Der Haushaltsplan der Forst- und Domänenverwaltung wurde in erster Lesung verabschiedet, nachdem der Berichterstatter einige Wünsche vorgetragen hatte.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) gab alsdann den Bericht des Ausschusses, die die in den Haushaltsplan eingelegten Abzüge für Dienstwohnungen, Heizung und Beleuchtung zu prüfen hatte. Der Ausschuss forderte den Einbau von Stromzählern und Gasmessern in sämtlichen Dienstwohnungen. Die Inhaber von Dienstwohnungen haben für Beleuchtung zunächst die Beträge durch laufende Gehaltsabzüge zu entrichten. Am Ende jedes Rechnungsjahrs wird der Strom- und Gasverbrauch festgestellt und die betreffende Summe berechnet. Wenn eine allgemeine Erhöhung der Mieten erfolgt, sollen auch die Dienstwohnungen ansteigert werden.

Das Marienkrankenhaus verlangt von der Stadt für die Dauer von 10 Jahren ein unverzinsliches Darlehen von 400.000 Mark.

Das Diakonissen-Krankenhaus

beantragt für das Rechnungsjahr 1921 einen Zuschuß von 385.847 Mark.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) trat für Ablehnung der Forderungen, weil die Stadt kein Mitspracherecht bei der Verwaltung dieser Krankenhäuser hat. Man möge beide Anstalten unter städtische Verwaltung stellen.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) regte an, auch die Landkreise an den Kosten dieser Krankenhäuser heranzuziehen.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) erklärte, daß das Mitspracherecht der Stadt sicherstellt ist. Wenn die Landkreise zu den Kosten herangezogen würden, müßte man die Kranken aus den Landkreisen in den Danziger Krankenhäusern aufnehmen. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Pansen angenommen.

Die Verlegung der Kinderkrippe nach Jährestal

führte zu einer längeren Aussprache. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Verlegung der Kinderkrippe nach Jährestal beschlossen. Stadtverordneter Fabian (D. P.) erklärte, daß die Verlegung nach Jährestal für die Kinder sehr vorteilhaft sei. Die Kinderkrippe müsse zentral gelegen sein. Das Arbeiter- und Ziechenhaus habe sich dazu besser geeignet.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) erklärte, daß das Kinderheim für solche Kinder bestimmt ist, die nicht sofort in Privatschulen untergebracht werden können. Das Ziechenhaus soll mit einem Kinderheim verbunden werden.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) teilte mit, daß Teile des Arbeiterhauses wieder zu Krankenhäusern werden gebraucht werden.

Stadtverordneter Fabian (D. P.) betonte nochmals, daß die bisherige Grippe im Winter sehr heftig ausgebrochen sei. Hier hatten Winter Gelegenheiten, trotzdem sie in Arbeit standen, ihre Kinder selbst zu nähren. Es fehlt in Danzig ein Heim, wo in dringenden Fällen Kinder schnell untergebracht werden können. Neben erklärte, daß die Schwierigkeiten bei der Unterbringung unheilbarer Kinder.

Die Versammlung hielt die Verlegung der Grippe nach Jährestal für zweckmäßig und bewilligte die für die Umbauten notwendigen 150.000 Mark.

Nachdem noch einige Eingaben eingingen, wurde die Versammlung der technischen Angestellten der Danziger Werft gegen den Direktor Koo wegen Nichtbeachtung des Tariffs abgelehnt. Die öffentliche Sitzung um 1/8 Uhr geschlossen.

Danziger Nachrichten.

Polens Antwort auf Danzigs Forderungen.

Minister Bucinski, der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, hat an den Beratungen des Reichstages über die Ratifikation des Danzig-polnischen Vertrages, die trotz anfänglicher Opposition, einstimmig erfolgte, teilgenommen. Nach der Rückkehr aus Warschau hat er den Vertretern der polnischen Presse über die Stellung der polnischen Regierung zu diesen Problemen folgende Mitteilungen gemacht:

„Die Frage der Zollvereinfachung darf nach polnischer Ansicht nicht mit der Ratifikation verknüpft werden. Wenn der Danziger Volkstag die Ratifikation ablehnen würde, wäre Polen gezwungen, sich an den Völkerbundsrat zu wenden, um durch ihn den Vertrag Mediationsverfahren zu lassen. Solange Danzig die Ratifikation verweigert, würde, wie Minister Bucinski in unerbittlicher Form andeutete, Polen die Belieferung des Reiches mit Lebensmitteln einstellen.“

Die von Danziger Seite geforderten Ausnahmen vom Zolltarif können nur durch den Abschluß eines besonderen Vertrages, also unabhängig von der Ratifikation des am 24. Oktober unterzeichneten Abkommens, vereinbart werden. Doch erklärte Minister Bucinski ausdrücklich, daß diese Vereinfachungen gleichfalls schon am 1. Januar 1922 in Kraft treten müßten.

Die polnische Regierung ist bereit, namentlich in Bezug auf die notwendigen Gebrauchsgüter, welche die Ausnahmen vom Zolltarif einleiten zu lassen, und hat daran gedacht, Waren, denen diese Zollvereinfachungen zu ante kommen sollen, in bestimmten Kontingenzen nach Danzig hineinzulassen, wobei Danzig dafür Vorzüge treffen müßte, daß diese kontingentierten Waren nicht über die Grenzen des Reiches nach Polen gelangen können. Für Rohstoffe und Halbfabrikate sollen solche Zollvereinfachungen ausgeschlossen sein. Die zu gewährenden Zollvereinfachungen sollen auf einen Zeitraum von 8 Monaten beschränkt bleiben. Es soll versucht werden, festzustellen, ob in diesem Zeitraum Danzig nicht auch bereits mit Waren für die spätere Zeit versorgt werden könne.“

In der Presse, in Versammlungen und im Volkstage ist erklärt worden, daß Danzig den polnischen Zollmultiplikator in seiner bisherigen Höhe nicht übernehmen kann. Er bedeutet den Tod des Danziger Wirtschaftslebens. Es sollten Verhandlungen über die Herabsetzung des Multiplikators stattfinden. Anstatt der erhofften Herabsetzung, sah man sogar noch eine Erhöhung der Zölle anstehen. Nach einer Verordnung des polnischen Ministers für Handel und Industrie ist der Multiplikator von 100 auf 110 erhöht. Der Multiplikator für Luxus (800) und Zollvereinfachte Waren (1 und 10) bleibt bis auf weiteres bestehen.

Filmklub.

Das Lichtbildtheater Langenmarkt bringt außer einem schönen Großfilm, „Das Braudmal der Liebe“, in einer besonderen Jugend-Vorstellung drei wunderbare für die Jugend geeignete Sachen. „Der kleine Muß“, ein Märchenfilm nach dem orientalischen Märchen von Hauff. Große Freude bringt auch die Geschichte vom Hasen und dem Schweinegel. Den Fußballsport veranschaulicht ein Lehrfilm. Er beginnt mit dem Training, das den ganzen Körper gleichmäßig durchformen soll, zeigt dann Einzelbilder aus der Technik des Kampfes. Die mit der Zeit aufgenommenen Bilder lassen ein sehr genaues Studium aller Bewegungen im Fußballsport dürfte alle Sportbegeisterten ebenfalls interessieren.

Aus dem Osten.

Das Optionsrecht der Deutschen in Polen.

Gemäß Art. 90 des Vertrages von Versailles haben diejenigen über 16 Jahre alten Personen, welche am 1. Januar 1918 und am 1. Januar 1920 ihren Wohnsitz in den ehemals preussischen, an Polen abgetretenen Teilgebieten hatten, und die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, ipso facto die vollständige Staatsangehörigkeit erworben. Der Art. 91 des genannten Vertrages gibt diesen Personen das Recht, bis einschließlich 30. Januar 1922 für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren. Wie bereits in der Presse bekanntgegeben ist, hat die Reichsregierung mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ablauf der Optionsfrist Vorschriften über die Option erlassen.

Für das Gebiet der Provinz Danzig können Optationserklärungen seitens der vorbenannten Personen wochentags in der Zeit von 10-1 Uhr vormittags auf dem Deutschen Generalkonsulat in Danzig, Arabmarkt 7/8, 8 Tr., Zimmer 402, abgegeben werden, wo auch Auskunft über Optionsangelegenheiten erteilt wird. Mitzubringen sind Geburts- bzw. Tauf- und Heiratsurkunden, sowie Unterlagen über die Staatsangehörigkeit und über den Wohnsitz vom 1. Januar 1918 und vom 1. Januar 1920. Die Optionserklärung des Ehemannes ist wirksam auch für die Ehefrau und für die Kinder unter 18 Jahren, so daß deren Mitbringen nicht erforderlich ist. Für solche Personen, die unter Vormundschaft stehen, hat der gesetzliche Vertreter die Optionserklärung abzugeben.

2 Monate Gefängnis wegen Offiziersbeleidigung.

Am 1. Februar d. J. hielt der Kreisleiter der S. P. D., Genosse Bucheder, in Marienwerder eine öffentliche Wählerversammlung ab. In seinem Referat beleidigte er die inneren und äußeren Einwirkung des Zusammenbruchs und kam dabei auch auf die im Felde begangenen Diebstähle von Offizieren zu sprechen. Er stützte sich hierbei in der Hauptsache auf H. Wälschers Buch „Stappe Gent“, das in jedem Buchhandel käuflich zu haben ist. Nunmehr stellen 21 Offiziere in Marienwerder gegen Genossen Bucheder Strafantrag wegen Beleidigung. Der Staatsanwalt beantragte in der Verhandlung eine Woche Gefängnis. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verurteilte Genossen Bucheder zu zwei Monaten Gefängnis. Die Richter bezeichneten Wälschers „Stappe Gent“ ganz einfach als Schwindel und ließen durchblicken, daß Genosse Bucheder das Aussehen Deutschlands dem Auslande gegenüber schwer geschädigt habe. Ganz besonders stießen sich die Richter auch an der Behauptung des Genossen Bucheder, daß er auch in Marienwerder einen Offizier kenne, der sich im Felde eine Zwölfszimmerwohnungseinrichtung zusammengekauft habe. Am 1. Dezember 1918 erfolgte beim Arbeiterrat in Marienwerder die Anzeige eines Offiziersbarbiers, der unterschulig und eideschwurlos zu Protokoll gab, daß kein Offizier aus dem Felde eine Zehn- bis Zwölfszimmerwohnungseinrichtung mitgebracht habe. Als später die Angelegenheit erledigt werden sollte, war die Wohnung infolge einer Indiskretion bereits geräumt. Der Offizier war aus Marienwerder verschwunden und der Verurteilte mittlerweile vom Soldatenrat entlassen. — Es gibt in Deutschland keine Klauenrichter.

Der Genosse Karl Bucheder, Marienwerder, Marienburger Straße 22, 2 Tr., bittet im Anschluß an diesen Bericht alle ehemaligen Soldaten, die Kenntnis von Diebstählen von Offizieren im Felde haben, ihm umgehend ihre genaue Adresse zuzuschicken, da er beabsichtigt, gegen das Urteil nach Zustimmung des Provinzialpartei Vorstandes Berufung einzulegen und noch mehr Beweismaterial beizubringen. Auch die Parteiblätter im Reich und in der Provinz werden gebeten, ihren Lesern von diesem Anruf Kenntnis zu geben.

Kein Oberkommissarwechsel im Freistaat Memel. Die Meldung, daß der Rücktritt des Oberkommissars des Memelgebiets Peison in aller nächster Zeit bevorstehe, wird von zuständiger Stelle bestritten. Der Ober-

Kommissar Peison, der zurzeit in Paris ist, soll Ende der Woche zurückkehren.

Ein neuer Trick. Seit Juli d. J. sind bei verschiedenen Banken in Königsberg Schecks von unberechtigten Personen zur Einlösung vorgelegt worden. In mehreren Fällen sind die Schecks auch ausbezahlt worden. Der Polizei ist es nun gelungen, die Täter festzunehmen. Es handelt sich um zwei ehemalige Postauskelfer, den 31-jährigen Konrad Falk und den Elektrotechniker Artur Weller. Am hellen Tage sturzen sie mit einem entwundenen Briefkastenschlüssel die verschlossenen Briefkästen, indem sie sich als Postbeamte herausstellten und einen Poststempel benutzten. Aus den Briefen suchten sie sich diejenigen heraus, die Schecks zu enthalten schienen. Die übrigen Briefe wurden teils wieder eingesteckt, teils vernichtet.

Vertrauensmänner der S. P. D.

Heute, Mittwoch, den 21. Dezember 1921, abends 7 Uhr in der Aula Heilige Geistgasse Nr. 111

große

Vertrauensmänner-Sitzung.

Tagesordnung:

1. Die Devisensteuer. Genosse Woelk.
2. Options- und Rentenfragen. Genosse Wehl.

Erscheinen aller Funktionäre, Betriebs- und Bezirksvertrauensleute ist erforderlich.

Stadtverordnetenwahlen in Posen. An den Bahnen, die Sonntag stattfanden, nahmen insgesamt 60 Prozent der Wahlberechtigten teil. Die höchste Stimmzahl, 25.000 Stimmen, erhielt die Liste des bürgerlichen Komitees. Natl. Christl. Arbeiterpartei 8000, Natl. Arb.-Partei 6700, Kommunisten 4500, Sozialisten 1650. Die Liste der Deutschen und Juden erzielte 1200 Stimmen.

Schwerer Kampf mit zwei Banditen. Beim Ausfieber Westerrath in Pilschütz, Kreis Pleschen, erschienen abends zwei mit Revolvern versehene angebliche Geheimpolitisten, die nach einer verbotenen Hausbrennerei Hausdurchsuchung halten wollten. Während der eine der Verbecker das Hauspersonal mit dem Revolver in der Hand in Schach hielt, durchsuchte der andere mit dem Anstößer über eine Stunde das ganze Haus. Zwischen war es einem Dienstmädchen gelungen, zu entkommen. Sie alarmierte in dem nahegelegenen Dorf Strielau die Bewohner. Sofort eilten mehrere beherzte Männer mit Schusswaffen herbei, und nun entspann sich zwischen ihnen und den Banditen ein regelrechtes Feuergefecht, in dessen Verlauf der Ausfieber Johann Josef Wächter durch einen Herzschuß auf der Stelle getötet und der 52-jährige Ausfieber Peter durch einen Bauch- und Armschuß so schwer verletzt wurde, daß er bald darauf starb; außerdem wurden die beiden Ausfieberöhne Lito Kiene und Josef Kiene durch je einen Brust- und Armschuß schwer verletzt. Lito Kiene war jedoch trotz der eigenen schweren Verletzung noch in der Lage, auf einen Banditen einen Gewehrschuß abzugeben und ihn schwer zu verletzen. Beide Banditen flüchteten; der Verletzte wurde jedoch, nachdem er versucht hatte, sich auf der Flucht die Pulsader zu öffnen, festgenommen. Der andere Verbrecher ist entkommen.

Aus aller Welt.

Ein Wirbelsturm hat die beiden Kühltürme der Dampfturbinenanlage der Heberlandzentrale Hörnecke bei Staffort umgeworfen, wodurch der Betrieb der Heberlandzentrale stillgelegt ist. Die Zentrale ver-

sorgte die Städte Staffort und Leopoldsdorf mit ihren zahlreichen Industriewerken mit Kraft.

Die Ermordung der Herforder Bürgermeister. Vor dem Reichsgericht in Berlin ist am 16. Januar der Mordprozess Siefert wegen Ermordung und Veranlassung des Herforder Bürgermeisters Ruffe und des Bürgermeisters Werner auf dem Königsstuhl bei Hebelberg. Siefert hat bisher noch kein Geständnis abgelegt. Es sind über 90 Zeugen geladen, darunter der Gerichtschreiber Dr. Poppe (Frankfurt), der auf Grund von Fingerabdrücken den Mordbeweis zu führen versuchen wird, sowie Persönlichkeiten, die mit den Mitteln der Hypnose und Suggestion den Fall zu klären suchen werden.

Oberpfälzisches Wildwechsellachen. Gestern nacht drangen sieben mit Revolvern bewaffnete Räuber in das Depot der Schleifischen Kleinbahn-Aktiengesellschaft in Abnigshütte ein. Die diensttuenden Beamten wurden überrumpelt, die Telefonleitung war vor dem Ueberfall zerstört worden. Die Banditen erbeuteten sich 13.000 Mark an und verschwanden unerkannt.

Ein umfangreicher Spionageprozess beschäftigte das Reichsgericht vier Tage lang. Es handelt sich um die Entwendung von 62 Zeichnungen und 6 Plänen, welche Zeichnungen von Schiffen, Torpedoapparaten und Geschützverschlüssen betrafen, aus dem Archiv der Reichswerke in Kiel und um deren Verwertung bei fremden Regierungen, insbesondere der amerikanischen. Diese Zeichnungen und Schriften war zwar die deutsche Regierung nach dem Friedensvertrage abzuliefern verpflichtet, aber die Ablieferung war noch nicht erfolgt. Von einem Teile der Angeklagten ist versucht worden, 5-10 Millionen Mark aus diesen Schriftstücken herauszuschlagen. Der Gerichtshof hat angenommen, daß diese Schriftstücke im Sinne des Spionagegesetzes geholt zu halten waren. Die elf Angeklagten wurden wegen Spionageverbrechens, Beihilfe dazu, sowie wegen Diebstahls oder Hehlerei zu Gefängnisstrafe von zwei Monaten bis zwei Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Ein Regier als Literatur-Preisdräger. Die Pariser Akademie Concourt hat ihren diesjährigen Literaturpreis in Höhe von 5000 Franken dem Regier René Maheu für seinen Roman „Satanstoe“, der das Leben der Schwarzen schildert, zuerkannt. Es ist das erste Mal, daß dieser vielbegehrte Preis dem Angehörigen einer farbigen Rasse verliehen wurde. Der schwarze Dichter steht im 84. Lebensjahre und wohnt gegenwärtig in Port Archaumont, drei Karawanenreisetage vom Tschadsee entfernt.

Die Fabel von den Hundertjährigen. In den „Naturwissenschaften“ veröffentlicht A. Pütter (Worm) eine Arbeit über die 100-jährigen Menschen. Er kommt zum Resultat, daß man die Berichte über uralte Menschen von 120 und noch mehr Jahren ins Reich der Fabel verweisen müsse. Die kritische Beobachtung ergebe, daß wir Menschen von 101 Jahren und mehr nur sehr selten begegnen. Die mathematische Untersuchung der Altersordnung aber sage uns, daß man auf der Erde einen Menschen von 105 Jahren jederzeit antreffen könne — wahrscheinlich, einen Menschen von 108 Jahren aber nur alle 2300 Jahre einmal.

Augenschuß für Kinobesucher. In einer Sitzung der städtischen Behörden in Birmingham, der die Genehmigung zum Bau neuer Kinos abliegt, wurde die Möglichkeit erörtert, daß die auf den ersten Reihen sitzenden Besucher der Kinos durch das grelle Licht der Kimmereinwand Schaden an den Augen erleiden könnten. Wie der Vorsitzende ausführte, besteht diese Gefahr jedoch in den Kinos der Stadt nicht, da hier kein neues Kinotheater amtlich abgenommen wird, in dem nicht die Forderung erfüllt ist, daß zwischen Bühne und Parkett ein Zwischenraum von rund 12 Metern frei bleibt; ein Ausmaß, das nach dem Gutachten der Sachverständigen eine Schädigung für die Augen der Besucher völlig ausschließt.

Praktische Weihnachts-Geschenke

Für Weihnachtsbescherungen:

| | | | | |
|---|------------------------|------------------|------------------------|------------------|
| Kinder-Strapazierstiefel | 22-24 | 25-26 | 27-30 | 31-35 |
| derbes Militärleder, breite bequeme Form, gute Besohlung | 33 ⁵⁰ | 49 ⁰⁰ | 69 ⁰⁰ | 79 ⁰⁰ |
| Kamelhaarstoff - Umschlag - schuhe für Damen , mollige Qualität, dicke Filz- und Ledersohlen | 79⁰⁰ | | | |
| Kamelhaarstoff-Schlüpfer für Damen , sehr hübsche Ausführung m. stark. Kordelsohle u. gepolstert | 36⁰⁰ | | | |
| Damen Stoff - Schlüpfer feinfarbig, sehr elegant mit Ponpon ganz besonders preiswert | | | 28⁵⁰ | |
| Damen Stoff - Pantoffeln in verschiedenen Farben mit Paspel und Ponpon, elegant und warm | | | 26⁵⁰ | |

Wir führen die echten Kamelhaar-Schuhe, das Beste, was erzeugt wird, Gummischuhe f. Herren, Damen u. Kinder: Überziehtiefel f. Abendschuhe

Leiser

Langgasse 73

Abend-Schuhe
Letzte Neuheiten
in reicher Auswahl



Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir dem, daß die Senatoren in dieser Angelegenheit einverstanden sind, nicht zustimmen können. Wir haben unsern Antrag mehrfach eingbracht, er ist abgelehnt worden. Wegen die Stimmen der Linken sind die einzelnen Gehälter für die Senatoren in diesem Gesetz enthalten geblieben. Dieser Grund ist mitbestimmend, daß wir dem Gesetz nicht zustimmen können. Wir haben ferner in Gruppe 13 die gesamten Präsidenten geschrieben. Wir wollen keine Präsidenten im Freistaat, es genügt, wenn ein Senatspräsident da ist und der Präsident des Volksrates. Zu zwei Präsidenten haben wir für unsern kleinen Freistaat genug und wir haben versucht, die Gruppe 13, in der der Präsident des Oberverwaltungsgerichts, Präsident der Steuer und des Zolles, Polizeipräsident, oberster Schulpolizeipräsident, Landesverwaltungspräsident u. a. enthalten sind, auszuschalten.

Die teure Verwaltung

Wenn man alle diese Präsidenten und Beamten zusammenrechnet und dividiert mit der Summe die Zahl der Einwohner — wohlgemerkt nicht Steuerzahler, sondern Einwohner, 376 000 — so findet man, daß auf ungefähr 40 Einwohner ein Beamter oder Angestellter des Freistaates kommt. Das ist doch eine ungeheure Belastung der Einwohnerzahl unseres kleinen Freistaates mit einem derartigen Beamtenkörper. Betrachtet man nun noch die Steuerkraft der Einwohnerchaft des Freistaates, und stellt diese im Vergleich zu anderen industriellen Gemeinden wie beispielsweise Hamburg, Lübeck, Bremen, ich meine, da muß man den ganzen Unsinn dieses Verwaltungskörpers erst recht empfinden. Ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß heute jeder Einwohner des Freistaates für seinen Beamten- und Angestelltenkörper mindestens 5000 Mark pro Jahr aufbringen muß, um die Leute zu besolden und zu ernähren. Selbstverständlich muß ein gewisser Beamtenapparat vorhanden sein, aber jede Verwaltung muß im Allgemeininteresse unbedingt darauf streben, so billig wie möglich zu arbeiten. Wenn die Vereinfachung von heute auf morgen nicht geschehen könnte, so lag es jetzt an den Aufgaben, die zu lösen waren infolge der Abwickelungs- und Uebernahmeheschäfte, die Schwierigkeiten aller möglichen Art verursachten. Wenn man sich aber noch weiter dagegen sträubt und den Anträgen nicht stattgibt, die von zwei Parteien gestellt waren, um eine Verbilligung des Beamtenkörpers herbeizuführen, so muß man das als bösen Willen des Senats rechnen. Wir haben der Entschliessung des Herrn Abgeordneten Dr. Eppich zugestimmt, die verlangt, daß so schnell wie möglich ein Ausschuss eingesetzt wird, der nachprüfen soll, wo in dieser Hinsicht der Hebel angelegt werden kann und verlangt, daß bis zur Vorlage des Etats für 1922 nachgeprüft wird, was geändert werden kann.

Zusammenfassung der Landkreise.

Wir haben auch bemängelt, daß der Senat die Geschäfte einer Stadtgemeinde, die einwandfrei verwaltet wurde, kurzerhand übernahm und daß er sich dadurch neue Schwierigkeiten schaffte und hierdurch einen Teil seiner Arbeitskraft abforderte, ohne daß er seiner ursprünglichen Aufgabe gerecht wird, Gesetze zu schaffen, für die Einrichtung und Verwaltung des gesamten Freistaates. Der Senat hat sich mit einem Federstrich neuen Ballast auf den Hals geladen und hängt sich nun an Verfassungsparagraphen, die verhindern sollen, daß auch die drei Landgemeinden in einen Topf geworfen werden. Ich meine, was mit der Stadtgemeinde möglich war, müßte bei den Landgemeinden mit demselben Federstrich möglich sein. Denn es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um auch die Vereinheitlichung der drei Landkreise zu erreichen. Wir verlangen, daß ein Regierungsrat die drei Kreise verwaltet, wie es bisher bereits mit zwei Landkreisen der Fall ist, die von einem Landrat in der Landgrube verwaltet wurden. Das führt nicht bloß zur Vereinheitlichung sondern vor allem zur Vereinfachung des Verwaltungsapparates. Wir haben den Landkreis Danziger Höhe, der nicht leben und sterben kann, der ungeheure Ausgaben verursacht; es werden dort 1000 Prozent zur Grundsteuer und 1600 Prozent zur Erwerbsteuer erhoben. Wir haben den Kreis Danziger Niederung, der einen Ueberflus abwirft; wir haben den Kreis Großer Werder, in dem viel Hüttenröhren gebaut werden und wo die Landwirte wunderbare Geschäfte machen. Wir versichern es wohl, daß diese Herren sich dagegen sträuben, mit den übrigen Kreisen vereinfacht zu werden, denn sie befürchten, daß sie dann etwas mehr bezahlen müssen an Kreissteuern. Wir müssen unter allen Umständen vom Senat verlangen, daß diese Dreikreiserteilung wegsfällt und daß alle drei Kreise eine einheitliche Landgemeinde bilden im Freistaat. Wo kommen wir sonst hin? Auf der Danziger Höhe verhungern die Leute, sie bekommen keine Arbeitslosenunterstützung, weil keine Mittel vorhanden sind und im Kreis Großer Werder wissen die Landwirte nicht, wozu sie mit dem Geld sollen. Sie schaffen sich Autos an und leisten sich allen möglichen Luxus, während im Kreis Danziger Höhe für die allerwichtigsten Ausgaben die Mittel fehlen. Auch die übrigen Stadtverwaltungen müssen vereinfacht werden. Erst wenn alle Bewohner und Bevölkerungsteile des Freistaates zu gleichen Steuern herangezogen werden, ist die Möglichkeit gegeben, daß wir finanziell über die Schwere der Zeit hinwegkommen. Wenn die Lasten der Verwaltung weiter ins Ungeheure steigen, dann kann die Möglichkeit eintreten, daß wir vielleicht in eine Finanzverwaltung genommen werden.

Die Zurücksetzung des kleinen Beamten.

Wenn wir auch dieses Gesetz im ganzen ablehnen, so werden wir doch, wenn die Entschliessung der Deutschen Partei angenommen ist, daran mitarbeiten, um das heranzuholen, was herauszuholen ist für die niedrigen und mittleren Beamten, die unserer Meinung nach zu kurz gekommen sind. Wir verlangen unter allen Umständen, daß in der heutigen Zeit kein Mensch mehr verdient, als er zum vernünftigen Leben gebraucht, denn wenn auf der einen Seite Menschen nicht wissen, wie sie ihr Leben fristen sollen und vor Hunger sterben, kann man auf der anderen Seite nicht Gehälter bewilligen, die ins Habelhafte gehen. Auch die mittleren und unteren Beamten müssen ein Gehalt bekommen, das sie wenigstens leben können. Ich hoffe, daß sich die Senatoren nicht mit den Ministern im Deutschen Reich vergleichen werden, sondern sich freiwillig aus dieser Besoldungsordnung streifen lassen. Die acht Menschen, die hauptamtliche Senatoren sind, können es einfach nicht verantworten, sich mit Hilfe dieses Gesetzes ihre Befehlsgehälter zu bewilligen. Sie haben ja ein besonderes Gesetz vorgelegt über die Befehlsgehälter der Senatoren, weshalb nicht auch ein besonderes Gesetz über ihre Befehlsforderungen? Erst wenn der Präsident und die acht Senatoren im Hauptamt aus der Vorlage herauskommen, können wir dem Gesetz zustimmen. Uns sind von größeren und kleineren Beamtenverbänden Zuschriften

gelaufen, die eine andere Regelung ihrer Bezüge wollen. Dieser deren Annahme oder Ablehnung wird man sprechen müssen, ehe dieses Gesetz für uns annehmbar sein soll. Sonst sind wir leider gezwungen, diesem Gesetz unsere Zustimmung zu verweigern. Nicht weil wir beamtenfeindlich sind, d. h. beamtenfeindlich im Sinne der mittleren und kleinen Beamten, sondern weil wir gerade deren Interessen nicht auf Kosten der hohen Beamten zurückgeschoben wissen wollen. (Verbaltes Bravo! Aufst.)

Nach längerer Debatte, in der noch Redner der verschiedenen Parteien zu Worte kamen, wurde über das Gesetz in zweiter Lesung abgestimmt. Den Deutschnationalen gelang es mit Hilfe des Zentrums und eines Teiles der Deutschen Partei, die im Ausschuss heruntergeleiteten höheren Beamten (wie Landräte und Präsidenten) wieder in die höheren Klassen unterzubringen. Da die Linke schwach besetzt war, erhob sie gegen die dritte Lesung Widerspruch und findet diese heute statt.

Danziger Nachrichten.

Die Danziger Optionsfrage.

M.T.D. verbreitet folgende Mitteilung: Nachdem am 17. Dezember der am 18. November mit Danzig abgeschlossene Vertrag über die Regelung von Optionsfragen in Kraft getreten ist, wird darauf hingewiesen, daß die Optionsfrist gemäß dem Vertrag von Versailles bereits am 10. Januar 1923 abläuft. Wo die Optionserklärung vor einer Behörde außerhalb des Gebietes der Freien Stadt Danzig abgegeben wird, bedarf der Optant nach dem Vertrag eines von dem Senat in Danzig (Abteilung des Innern) auszustellenden Optionsberechtigungsscheines.

Die Entscheidungen werden brieflich mitgeteilt.

Die auswärtigen Mitglieder des von der Volkshankonferenz in Danzig zusammenberufenen Internationalen Ausschusses für die Verteilung des ehemaligen deutschen Reichs- und preussischen Staatseigentums, die Herren Carr (England) und Vederve (Frankreich) haben gestern abend Danzig verlassen. Die Entscheidung wird von Paris aus ergehen.

Eine Delegiertenversammlung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes

tagte am Montag im Gewerkschaftshause. Der Bundessekretär K. Lohowoski referierte zunächst über das Resultat der sozialen Wahlen. Dank der freundigen Mitarbeit aller Gewerkschaftsfunktionäre sei es den freien Gewerkschaften gelungen, bei den Wahlen sowie Gewerkschaftswahlen den Sieg davonzutragen. Bei der Wahl der Ausschussmitglieder zur Allgemeinen Krankenkasse sind von 6918 Stimmen 3897 auf die freien, 1810 Stimmen auf die christlichen und nur 201 Stimmen auf die Hirsch-Danwischen Gewerkschaften gefallen. Hiernach fallen von 30 Vertretern auf die freien Gewerkschaften 24, auf die christlichen 6 und auf die H.-D. keine. Ein noch besseres Resultat zeitigte die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht. Hier hatten auch die Polen eine Vierte aufgestellt. Von insgesamt 7559 abgegebenen Stimmen erhielten die freien Gewerkschaften 6195, die christlichen 1178, und die Polen nur 188 Stimmen. Von 38 Beisitzern entfallen auf die freien Gewerkschaften 31, auf die christlichen 6 und auf die Polen 1 Vertreter. Letztere erhalten nur deshalb einen Vertreter, weil sie die größte Reststimmzahl aufzuweisen haben. Der Ausfall der Wahlen habe gezeigt, hinter welcher Gewerkschaftsrichtung die denkende Arbeiterchaft in ihrer Mehrheit steht. Jetzt gelte es, den errungenen Sieg auszunutzen, damit in der Zukunft weitere und noch bessere Siege für die freien Gewerkschaften herausgeholt werden können. Mit einem Dank an alle Gewerkschaftsfunktionäre, die durch ihre eifrige Mitarbeit den Boden für den Sieg vorbereiteteten, schloß Redner seine Ausführungen.

Sodann teilte der Bundessekretär mit, daß bisher 24 Gewerkschaften der Erhöhung der Bundesbeiträge von 70 Pfg. auf 1 Mk. pro Mitglied und Quartal zugestimmt haben. Die Delegierten beschloffen hierauf mit Mehrheit die Erhöhung dieser Beiträge auf 1 Mk. ab 4. Quartal 1921. Für die aus dem Bundesvorstand ausgeschiedenen Kollegen Arcancki, Pohn und Papke wurden die Kollegen Klinger, Roggenbuck und Stegmann gewählt. Der bisherige 2. Vorsitzende Spill wurde zum 1. und Klinger zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Nunmehr begründete der Kollege Roggenbuck einen Antrag des Eisenbahnverbandes, der die Veranschaulichung des Mittelungsblattes durch den Bund forderte. Der Redner wies auf die Zustände in der Zeitungshaltung der Mitglieder hin, freiste die Lage, die in dieser Hinsicht nach der Abtrennung von Deutschland zu verzeichnen ist und stellte fest, daß unsere Gewerkschaftszeitungen den Danziger Bedrängnissen nicht so Rechnung tragen können, wie es ein eigenes Organ für den Freistaat tun könnte. Wohl verstanden in dieser Beziehung Schwierigkeiten, doch müsse dem Gedanken endlich einmal nähergetreten werden. Der Antrag entfesselte eine ausgedehnte Diskussion, in der die Möglichkeit der Herausgabe eines solchen Mitteilungsblattes von allen Seiten beleuchtet wurde. Kollege Kadke (Buchdrucker) zeigte als Sachmann auf diesem Gebiete, welche Kosten und Arbeiten die Herausgabe eines solchen Blattes verursache. Es müsse in den Gewerkschaften mehr als bisher Agitation für das Leben der Arbeiterpresse betrieben werden, dann bestände die Möglichkeit, die gesamten Gewerkschaftsmitarbeiter besser und umfangreicher über alle die Fragen zu informieren, wie es der Antrag der Eisenbahner wünsche. Der Antrag wurde dann einstimmig dem Bundesvorstand als Material überwiesen.

Sodann wurde ein Antrag Klinger-Kayke angenommen, der das Bundessekretariat beauftragt, mehr wie bisher gewerkschaftlich-nationalistisches Material an die Arbeiterzeitungen zu senden.

Nachdem der Vorsitzende Kollege Spill noch auf die freie Volksbühne und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft hingewiesen und zur regen Agitation für sie aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

In unserer gestrigen Ausgabe

wurde an leitender Stelle im politischen Teil veröffentlicht ein für das Publikum bestimmter Aufsatz über die Frage der Teufelsbesteuerung heute und bitten unsere Leser, das dauerliche Vorkommen zu entschuldigen. Die Redaktion.

Feuerungszulagen im Transportgewerbe.

Zwischen den Transportarbeiter-Organisationen und dem Verein der Möbeltransporteure fanden Verhandlungen wegen Feuerungszulagen statt, bei denen eine Einigung nicht erzielt wurde. Deshalb wurde der Schlichtungsausschuss angerufen. Die Parteien einigten sich dann auf folgender Grundlage:

Allen im Möbeltransport- u. Kreditgewerbe beschäftigten Packern, Handlenden, Hilfsarbeitern und Aufsichtern wird auf die zurzeit gezahlten Löhne eine Feuerungszulage rückwirkend vom 1. Dezember bis 1. Januar pro Woche 70 Mark, ab 1. Januar bis 1. Februar pro Woche 70 Mark gezahlt. Die Arbeitgeber verpflichten sich, die Feuerungszulage für Dezember diese Woche an ihre Arbeitnehmer auszahlen zu lassen.

Die Wärter der Wachs- und Schlichterstaffel hatten ebenfalls den Schlichtungsausschuss angerufen, weil die Direktion eine 25-prozentige Lohnaufbesserung ablehnt. Der Schlichtungsausschuss fällte einen Schiedsspruch, der den Arbeitern 20 Prozent Feuerungszulage zusprach. Da die Direktion den Schiedsspruch abgelehnt hat, wird sich der Demobilisationskommissar mit dieser Angelegenheit beschäftigen haben.

Rappol. Wirtschaftsbeihilfe für Rentnempflänger. Das Rappolter Arbeitsamt macht bekannt, daß die Anträge auf Anrechnung der Wirtschaftsbeihilfen für Invaliden, Unfall-, Alters-, Witwen- und Waisenrentenempfänger Donnerstag, den 22. Dezember, zwischen 8 und 12 Uhr vormittags zu stellen sind.

Vertrauensleute der S.P.D. Die Karten der Kinder-Weihnachtsfeier sind heute abend abzurechnen.

Verband der Gemeindefürsorge und Staatsarbeiter. Filiale Rappol: Donnerstag, den 22. Dez., abends 6 Uhr, im Saal, Schulstraße: Mitgliederversammlung.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

| | | | |
|----------------------------|------|------------|-------|
| Polsische Mark: (Ausgl. —) | 5,85 | am Vortage | 6,00 |
| Dollar: | 165 | | 178 |
| Engl. Pfund: | — | | 752 |
| Frank: | — | | 14,50 |
| Gulden: | — | | — |



Wasserstandsberichte am 21. Dezember 1921.

| | 19. 12. | 20. 12. | | 19. 12. | 20. 12. |
|-----------|---------|---------|------------------|---------|---------|
| Zowichost | +1,04 | +0, — | Wiontauerpige | +0,75 | +0,85 |
| Warkau | +1,23 | +1,12 | Piedel | +0,82 | +0,86 |
| Plod | +0,85 | +0,87 | Dirschau | +0,91 | +1,00 |
| | 20. 12. | 21. 12. | Einlage | +2,30 | +2,34 |
| Thorn | +0,87 | +1,89 | Schienenhof | +2,60 | +2,80 |
| Jordan | +1,15 | +1,06 | Schönan D. P. | +6,68 | +0, — |
| Culm | +0,70 | +1,69 | Walzenberg D. P. | +4,70 | +0, — |
| Graubenz | +0,60 | +0,65 | Reuhorlterbach | +2,04 | +0, — |
| Kurzbrack | +1,52 | +1,56 | Amwachs | +0, — | +0, — |

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber in Danzig; für Zuerate Bruno Gwert in Dillva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Bekanntmachung.

Neufestsetzung der Höchstgrenzen für Mietzinssteigerungen.

Der Senat hat auf Grund der Anordnung betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen vom 9. Dezember 1919, abgeändert durch Gesetz vom 29. Dezember 1920, in der Fassung vom 21. Januar 1921 nach Anhörung des von der Stadtverordneten-Versammlung hierzu gewählten, zur Hälfte aus Hausbesitzern und zur Hälfte aus Mietern bestehenden Ausschusses für den Gemeindebezirk Danzig beschlossen:

- Die Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen wird für den Gemeindebezirk Danzig festgelegt:
- für Wohnungen auf 80 v. H.,
 - für solche Läden, Geschäftsräume und Werkstätten, die mit Wohnungen verbunden sind und für die Wohnungen selbst auf 110 v. H. Zuschlag zu dem am 1. Juli 1914 vereinbart gewesenen Mietzinse.
- Im übrigen bleibt der die Festsetzung einer Höchstgrenze bei Mietzinssteigerungen betreffende Beschluß des vom Bezirksausschusse gewählten Sachverständigen-Ausschusses vom 9. Oktober 1921 aufrecht erhalten.
- Die neuen Höchstgrenzen für Mietzinssteigerungen gelten vom 1. Januar 1922 ab.
- Danzig, den 16. Dezember 1921. (5791)
- Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Beste, Mittwoch, d. 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr
Dauerkarten A 1. Gastspielpreise.
Bestes Gastspiel der Kammerfängerin Aline Sanden,
Leipzig.

Alida

Große Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi.
In Szene gesetzt von Oberspielleiter Julius Brischke.
Musikal. Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1.
Der Pfarrer von Ritzfeld. Volksstück.
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. Neu
einstudiert. Der Widschütz. Komische Oper in
drei Aufzügen von Albert Lortzing.
Sonntags, nachmittags 3 1/2 Uhr. Dauerkarten
D 1. Frauführung. Kleine Preise. Rosen-
hildchen. Weihnachtsmärchen.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Heute, Mittwoch, d. 21. Dezember

abends 7 1/2 Uhr

Kasseneröffnung 8 Uhr

Die Schwalbenhochzeit

Operette in 3 Akten von Leon Jessel.

Freitag, d. 23. Dez., abends 8 Uhr

Kasseneröffnung 8 Uhr

Dr. Volks- und Kinder-Vorstellung

„Wie Klein-Eladen das Christkind suchen ging“.

Weihnachtsmärchen.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. (5660)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55 (5786)

Ab heute! Nur 4 Tage!

3 Schlager III

Mit Büchse und Lasso

6. Episode: „Glühende Rache“

Wild-West-Film in 4 Akten.

„Die lebende Fackel“

Sensations-Drama in 6 Akten.

„Nobody“

11. Episode: „Der Hotelschreck“

Achtung!

Ab Sonntag, den 25. Dezember:

Die Skagerrak-Schlacht

wie sie wirklich war.

Lichtbild-Theater

III. Damm 3. (5785)

Spielplan v. 21. bis 23. Dezemb. 1921

Nur 3 Tage!

Bruno Kastner in dem zweiten Teil seines

Monumentalwerkes

„Der Silberkönig“

„Der Mann der Tat“

Großer Abenteuerfilm in 6 Akten.

„Hotel Tartarus“

oder: „Die Jagd nach dem Millionendieb“

Abenteuerfilm in 5 Akten.

Einlage.

Sämtl. Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung liefert in

kürzester Zeit bei mäßigen Preisen

Buchdruckerei J. Gehl & Co.,

Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3290

Senator unterm Weihnachtsbaum

seh'n viele heute schon im Traum.



Der Wunsch der Träumer ist sehr richtig.
Denn für die Weihnachtsstimmung wichtig
ist des „Senator“ guter Geist,
Der Freud' und Laune köstlich speist.
Drum sagt's diskret dem Weihnachtsmann,
Daß er „Senator“ bringen kann!

(Als echt Senator dann nur gilt,
Wenn Etikett mit diesem Bild.)

Bernhard Müller

Likör-Fabrik „Zum Palmenbaum“

Pfefferstadt 19-21 DANZIG Gegründet 1839

„Senator“ zu haben in

Kolonial- u. Delikateswarengeschäften, Restaurants, Hotels usw.

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren

Anfertigung elen. Herrengarderoben nach Maß

Damen-Kostüme und Mäntel.

Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufge-

legenheit zu niedrigen Preisen. (5242)

Hausfrauen spart Gas!

Warum ärgern Sie sich über für?

schlechtbrennendes Licht?

Vorbei mit hohen Gasrechnungen!

Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher

in keinem Haushalt fehlen darf.

Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos

billigen Vorrichtung, welche durch jedermann spielend

leicht an jeder Gaslampe befestigt werden kann, ist jeder

Gasverbraucher nicht nur in der Lage ca. 50 Prozent

Gas (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern

er verbessert sogar bei dunklen Brennen die Helligkeit

des Gaslichtes um ca. 300 Prozent.

Die Apparate sind tausendfach erprobt und liegen An-

erkenntnisse aus allen Kreisen vor.

Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe v. Mk. 26.—

E. A. Bork, Hamburg 19, Eppendorferweg 17.

Vertreter an allen Orten gesucht!



BORG

ZIGARETTEN

№ 18 m. Gold
Zopportas
Stambul
Balficum
J.B.
Mondain

Stenographie

Einzelunterricht 4971
Tages- u. Abendkurse.
Otto Stede, Neugarten 11. I

Schallmach

Breitgasse 10, Ecke Kohlen-gasse
früher Goldene 10. (5416)

Eiserne Defen

mit Kochvorrichtung, in
kleinen und großen Mengen
lieferbar (5787)
Landwirtschaftliche
Großhandels-gesellschaft
mit beschränkter Haftung
Maschinen-Abteilung
Krebsmarkt 4/5.

Doppelstark mit Bier

berühmt berühmend
Gobigniff
doppelstark, getrocknet,
in Apotheken u. Drogerien.

Zum Feste!

Cognac-Verschnitt Arrac: Punsch
Jamaika-Rum Grog-Rotwein

zu billigsten Preisen

Likör-Stube und Flaschen-Verkauf
Reitbahn 18

Joseph Kuhn, Weingroßhandlung

(5783)

Ueber proletarische Ethik

Das proletarische Schaffen vom Stand-
punkt der realistischen Philosophie.

Preis Mark 3.—

Buchhandlung „Volkswacht“
Spandhaus Nr. 6. — Paradiesgasse Nr. 32.

Revolver,

9 mm, englisch, Modell,
billig zu verkaufen. (†)
Bauer, Laßballe 3, Hof-
Befestigung nachm. 4 Uhr.

Eine Mandoline

zu kaufen gesucht. (†)
Derschau, Schidlich,
Oberstraße 86/87, 3 Tr.

Alt-Eisen, Messing, Blei, Zink u. sämml.

Altmaterialien
5755) kauft
Plotzki,
Hohe Seigen Nr. 22.